Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit“ erſcheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus und durch die Poſt bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9

Donnerstag, 3. November 1921

Nummer 515 · Morgen-Ausgabe

Die neungeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 6.— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Einigung oder Generalſtreik!

Der Kampf im Gaſtwirtsgewerbe

In der geſtern abend unter dem Vorſitz des Genoſſen Sabath abgehaltenen Plenarverſammlung der Berliner Gewerkſchaftskommiſſion gab Vollmerhaus einen Rückblick über den Kampf im Gaſtwirtsgewerbe, der deshalb bisher noch nicht beendet werden konnte, weil die Unternehmer-Verbände eine ſchamund rückſichtsloſe Sabotagetaktik an den Tag legten. Der Belieferungsſtreik hat ſich bereits fühlbar gemacht. Für die heuchleriſche Haltung der Unternehmer gegenüber den Angeſtellten zeugt die Tatſache, daß der Verband der Gaſtwirte ſchon 14 Tage vor Ausbruch des Streiks gedruckte Poſtkarten herſtellen ließ, deren Inhalt lautet: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Organiſation“. Adreſſiert ſind dieſe Karten an den Vorſitzenden des Zentralverbandes der Hotel-, Reſtaurant- und Kaffeehausangeſtellten zu Händen des Vorſitzenden Burbe. Unſere geſtrigen Ausführungen in der Charakteriſierung der Unternehmer im Gaſtwirtsgewerbe werden durch dieſe jetzt erſt bekanntgewordene Tatſache nur noch unterſtrichen. Der Reichsarbeitsminiſter verſucht, die Parteien zuſammenzubringen und den Kampf zu beenden.

Burbe (Gaſtwirtsgehilfen) führte aus, daß die Direktiven zur Haltung der Unternehmer aus Köln kämen, wo der reaktionäre Syndikus Schmidt ſein Unweſen treibt. Während das Kartell der Angeſtellten im Gaſtwirtsgewerbe ſtets die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärte und den Unternehmern teilweiſe entgegenkam, antworteten dieſe, daß keine Macht der Welt ſie zwingen könne, eine Entlohnung einzuführen, die ihnen nicht genehm ſei. Die Front der Streikenden und Ausgeſperrten iſt unerſchüttert, ein Abfall iſt nicht zu konſtatieren, denn an 300 Abtrünnige ſpielen bei 35 000 am Streik Beteiligten keine große Rolle. Selbſt Aſſeſſor Körner erklärte u. a. den Unternehmern gegenüber, daß die Angeſtellten Entgegenkommen zeigten. Deshalb müßten auch die Unternehmer einſichtig genug ſein und dem Rechnung tragen.

Rückert (Fabrikarbeiter) ſtellt feſt, daß ihm in ſeiner langjährigen gewerkſchaftlichen Tätigkeit ein ſolches Unternehmergebahren noch nicht vorgekommen ſei; er legte eine Entſchließung vor, die einſtimmig angenommen wurde.

Lagodzinski (Gemeindearbeiter), Ortmann (Transportarbeiter) und Fritz Schmidt (Angeſtellte) gaben ihre Zuſtimmung zu einer gemeinſamen Aktion ihrer Organiſation und erklärten, die Kämpfenden nicht im Stich zu laſſen. Schmidt hebt noch hervor, daß zunächſt der Reichsarbeitsminiſter die Verantwortung trage und je nach ſeinem Entſchluß ergebe ſich dann die Stellungnahme der Gewerkſchaften.

Die Entſchließung lautet:

„Die am 2. November 1921 tagende Plenarverſammlung der Berliner Gewerkſchaftskommiſſion billigt die Maßnahmen, die der Ausſchuß und die Vorſtändekonferenz im Intereſſe der Gaſtwirtsangeſtellten getroffen haben. Nach dem Bericht, der heute über die Verhandlungen mit dem Berliner Magiſtrat und dem Reichsarbeitsminiſter gegeben worden iſt, iſt zu hoffen, daß der Konflikt innerhalb drei Tagen beigelegt wird. Sollte dieſe Hoffnung wieder zuſchanden werden, iſt die Plenarverſammlung feſt entſchloſſen, auch das äußerſte gewerkſchaftliche Mittel, den Generalſtreik, zur Anwendung zu bringen. Der Ausſchuß der Gewerkſchaftskommiſſion wird ermächtigt, falls innerhalb drei Tagen eine Verſtändigung nicht erzielt iſt, ſofort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Generalſtreiks zu tun.“

Ehrhard und die Brüder von Stein

Enthüllungen über die Orgeſch in Sachſen

In der geſtrigen Sitzung des ſächſiſchen Landtags gab der Miniſter des Innern, Genoſſe Lipinſki, eine längere Erklärung über das Beſtehen von Geheimorganiſationen in Sachſen. Er ſtellte feſt, daß die geſamte Organiſation der vom Reichspräſidenten verbotenen Orgeſch in Sachſen auf die Brüder von Stein übergegangen ſei. Geldgeber für die Orgeſch und für die Brüder von Stein ſeien die Finanzausſchüſſe der ſächſiſchen Induſtrie. Mehrere Waffenlager ſeien beſchlagnahmt worden. Der Miniſter ſchloß:

„Die erlangte Mitgliederliſte und das gewonnene Material laſſen erkennen, daß die Brigade Ehrhard und die Organiſation Eſcherich als Brüder von Stein zuſammenarbeiten, und daß eine geſchloſſene Organiſation der Konterrevolution in Sachſen beſteht. Das Polizeiamt Leipzig iſt angewieſen worden, die Auflöſung des Vereins herbeizuführen, ſobald die Unterſuchungen abgeſchloſſen ſind und die Beſtrafung der Beteiligten herbeigeführt werden kann.“

Die Arbeitsgemeinſchaft O.-S.

Aus einem Geheimſchreiben, das unſer Dresdener Bruderblatt veröffentlicht hat, geht deutlich hervor, wie weitverzweigt das Netz der gegenrevolutionären Organiſationen iſt, das die monarchiſtiſchen Parteien über Deutſchland geſpannt haben. Das Geheimſchreiben, von der Arbeitsgemeinſchaft O.-S. (Agos) an einen Geldgeber gerichtet, teilt folgendes mit:

Die Arbeitsgemeinſchaft Oberſchleſien, Dresden, wurde Anfang Mai 1921 von Breslau aus in Leben gerufen. Die Hauptleiter dieſer Dienſtſtelle haben ihren Sitz in Breslau und München. Es ſind folgende Herren:

Rittmeiſter von Wuthenau, Breslau; **Hauptmann Kunzen,** Breslau; Intendanturrat Dr. Drescher, Breslau; Oberleutnant Teckert, Breslau; Oberleutnant Pommer, München; Leutnant Kreiſelmeyer, München.

Der Zweck der Dresdner Agos iſt folgender: Die Agos Dresden kommt als beſondere Dienſtſtelle in Frage; da ſie einerſeits Hauptſtelle, andererſeits Durchgangsſtelle für den geſamten Transport- und Nachrichtenverkehr zwiſchen Süd-, Nord- und Oſtdeutſchland iſt, erwächſt ihr eine doppelt große Aufgabe, die eingeteilt wird in

A. Durchgang: Herren, die ſich auf dienſtlichen Reiſen (Kurierdienſte, Selbſtſchutz uſw.) befinden, werden, wenn ſie nach den betreffenden Stellen des Südens, Nordens oder Oſtens Deutſchlands fahren, nach unſerer Dresdner Stelle geleitet. Hier werden ihnen Rat, Auskunft und Verhaltungsmaßregeln erteilt. Hierſelbſt werden ſie auch mit weiterem Fahr- und Verpflegungsgeld ausgerüſtet und weitergeleitet.

B. Anwerbung: **Gleichzeitig befaßt ſich die Dresdner Stelle mit der Anwerbung nationalgeſinnter Herren, die ſich größtenteils aus ehemals aktiven Herren, Studenten und rechtsſtehenden Leuten zuſammenſetzen.** Zu dieſem Zwecke ſind in unſerer Stelle zwei Herren tätig, die ſich mit der Werbung infolge ihrer Beziehungen befaſſen. Die von dieſen angeworbenen Herren werden nach Anweiſung telegraphiſch nach unſeren Stellen beordert, mit Fahr- und Verpflegungsgeld ausgerüſtet und an ihre Beſtimmungsorte geleitet (Oberſchleſien annähernd 500 Mann).

Es iſt, ſo wird weiter mitgeteilt, eine **Nachrichtenſtelle** gegründet worden, die die **Verſammlungen der linksſtehenden Parteien beſpitzeln** und Berichte an die Induſtriellen verſchicken ſoll. Um dieſe Stelle weiter auszubauen, werden die Induſtriellen um „gütigſte weitere Unterſtützung“ gebeten. Unterzeichnet iſt das Schreiben von der **Arbeitsgemeinſchaft O.-S. Dresden, Kunze.**

Unſer Dresdener Parteiblatt veröffentlicht auch eine Liſte der Geldgeber. Es handelt ſich um Dresdener Großinduſtrielle, die pro Arbeiter und Angeſtellten monatlich 10 Mark an den Finanzausſchuß der Orgeſch abführen.

Internes aus der Pirnaer Orgeſch

Wie die Brüder von Stein im einzelnen arbeiten, geht aus den Mitteilungen hervor, die unſer Parteiblatt in Pirna machen kann.

Der Schloſſer Max Schubert, Wohnung Friedrichswalde bei Liebſtadt, iſt als **Leiter der Pirnaer Orgeſch** feſtgeſtellt. Bis zum Ausbruch der Revolution war er bei der Firma Küttner in Pirna beſchäftigt. Nach der Revolution **wurde er Kommuniſt** und ging dann bezeichnenderweiſe in das Lager der **Deutſchnationalen** über. Dort wußte man den Renegaten zu ſchätzen. Er wurde zu den Wahlen als deutſchnationaler Kandidat vorgeſchlagen und bekam 1920 die Leitung der Orgeſch in Pirna. Als Mitarbeiter war bisher der Student **Erich Renker** aus Annaberg, Scheibnerſtraße 24, tätig. Er handhabte alle inneren Angelegenheiten der Orgeſch, wurde aber dieſes Jahr im Juni infolge angeblicher Unregelmäßigkeiten entlaſſen und hat jetzt **eine leitende Stelle in Würzburg** übernommen. Die Gelder für die Orgeſch in Pirna fließen **aus den Händen der Induſtriellen** monatlich der Pirnaiſchen Orgeſch zu. Wie anderwärts hängt die Höhe der zahlenden Gelder von der Größe der Betriebe ab. Als Finanzleiter war bisher der Direktor Rochſtroh der Rochſtroh-Werke in Heidenau tätig. Neuerdings nennt ſich die Pirnaiſche Orgeſch **„Arbeitervereinigung“**. Eine feine Firma!

Aus allen dieſen Mitteilungen geht hervor, welche Gefahr dieſe Geheimorganiſationen darſtellen. Es iſt zu begrüßen, daß jetzt die ſächſiſche Regierung mit feſter Hand durchgreifen will. Die Reichsregierung hat die Pflicht, Vorſorge dafür zu treffen, daß die monarchiſtiſchen und nationaliſtiſchen Schmarotzerpflanzen in ganz Deutſchland mit Stumpf und Stiel ausgeriſſen werden!

Das Kabinett der Unfähigkeit

Seit dem Zuſammentritt des neugewählten Landtags befand ſich die preußiſche Regierung in einem Zuſtand der andauernden Kriſe. Das Kabinett Stegerwald, das in allen entſcheidenden Fragen auf die Zuſtimmung ſämtlicher bürgerlicher Parteien rechnen konnte, hat es nicht fertiggebracht, in irgend einem Punkte poſitive Leiſtungen zu vollbringen und den Gang der Regierungsgeſchäfte, der durch den Rücktritt des Kabinetts Braun ins Stocken geraten war, zu beſchleunigen. Von rechtsſozialiſtiſcher Seite iſt bei dem Zuſammentritt des Kabinetts Stegerwald behauptet worden, die Unwahrhaftigkeit habe bei der Bildung Pate geſtanden. Wir ſind an dem Streit, der ſich ſeinerzeit hinter den Kuliſſen abſpielte, unbeteiligt, aber daß ſich das Kabinett Stegerwald durch Unwahrhaftigkeit auszeichnete, können wir beſtätigen, und gerade dieſe Unwahrhaftigkeit war es, die ſchließlich zur vollendeten Unfähigkeit führte.

Der Landtag hat während der acht Monate ſeines Beſtehens ſo gut wie keine nennenswerte Arbeit zu leiſten vermocht. Der Etat, der ſchon am 31. März abgelaufen war, iſt bis heute, mit Ausnahme des Juſtizetats und des Etats für Handel und Gewerbe, noch nicht einmal in den Ausſchüſſen durchberaten. Bevor der Etat das Plenum durchlaufen hat, wird das Jahr 1922 herankommen und damit die Zeit, wo eigentlich ſchon der Etat für 1921/22 fertiggeſtellt ſein müßte. Kurz vor dem Auseinandergehen der Landesverſammlung hatte der damalige Finanzminiſter Lüdemann feſtgeſtellt, daß die preußiſchen Finanzen ein Defizit von zwei Milliarden Mark aufweiſen. Dieſe Summe hat ſich mittlerweile ſicher auf drei Milliarden erhöht, und zu ihrer Deckung iſt von dem Kabinett Stegerwald auch nicht ein Schritt unternommen worden, obwohl Herr Stegerwald die Rechtsorientierung ſeines Kabinetts wiederholt gerade damit zu verteidigen ſuchte, daß auf die Rechtsparteien-Rückſicht genommen werden müßte, weil ohne deren Mitwirkung an eine Geſundung der Finanzen nicht zu denken ſei.

Neben der Finanzreform bezeichnete es das Kabinett Stegerwald als ſeine dringende Aufgabe, die große Gemeindereform durchzuführen. Geſchehen iſt nichts. Außerdem liegt eine ganze Reihe von kleineren Geſetzesvorlagen, großen Anfragen und Anträgen vor, die ſich auf die innere Verwaltung, das Polizeiweſen, die Juſtiz, auf Schule und Kirche und die ſoziale Fürſorge beziehen. Das Material häuft ſich zu Bergen. Es iſt kaum noch möglich, ſich durch den Wuſt der Neueingänge hindurchzuarbeiten. Das Material verſtaubt in den Aktenſchränken, die Regierung Stegerwald war nicht in der Lage, den Landtag wenigſtens zur Erledigung dieſer Arbeiten anzuſpornen. Angeſichts dieſer Tatſachen, die noch durch viele Beiſpiele vermehrt werden können, kann ruhig von einer parlamentariſchen Lotterwirtſchaft in Preußen geſprochen werden. Stegerwalds Verdienſt!

Die Haupturſache, die den Preußiſchen Landtag an einer glatten Erledigung der Geſchäfte verhindert hat, iſt darin zu ſuchen, daß ſich Stegerwald viel mehr um die Geſtaltung der Reichspolitik bekümmerte, als um ſeinen eigentlichen Aufgabenkreis. Stegerwald wollte von Preußen aus durchaus große Politik machen. Sobald ſich die Reichsregierung aus außenpolitiſchen Gründen in einer Kriſe befand, ſetzten die Schieberkunſtſtücke des Herrn Stegerwald ein, bemühte er ſich, dem Reiche die ſogenannte große Koalition aufzuzwingen, und der Landtag ſollte das Kuliſſenſpiel nicht ſtören. Deshalb wurde er jedesmal, wenn in der Reichsregierung irgend etwas nicht klappte, vertagt, ungeachtet der dringenden Aufgaben, die der Erledigung harrten. So war es während der Sommermonate, ſo geſchah es beim Wiederzuſammentritt des Landtags, ſo wurde es gedreht, als die Entſcheidung über Oberſchleſien gefallen war, und ſo iſt dank der Regiekünſte des Herrn Stegerwald der Preußiſche Landtag zu einem Parlament der Vertagungen geworden.

Hemmend und erſchwerend wirkt auf die Arbeiten des Landtags außerdem noch der Staatsrat ein. Dieſes ſonderbare Gebilde, das zuſtande gekommen iſt, um ein Gegengewicht zu ſchaffen gegen das aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene Parlament, bemüht ſich ſeit ſeinem Beſtehen, einen Aufgabenkreis zu finden. Der Staatsrat weiß nicht recht, woran er iſt und leiſtet deshalb eine Arbeit in ſich oder er hält die Geſetzesvorlagen, bevor ſie dem Landtag zugehen, warm, wie eine Henne ihre Küken. Im Hauptausſchuß des Landtags mußten letzthin auf einen Vorſtoß der Unabhängigen Herr Stegerwald und die Vertreter verſchiedener bürgerlicher Parteien zugeben, daß der Staatsrat die ganze Staatsmaſchinerie ins Stocken bringe, zu ſeiner Beſeitigung konnten ſich die Herrſchaften aber nicht aufraffen. Sie wollen eben einen Erſatz für das ſelig entſchlafene Herrenhaus, einen Hemmſchuh gegen etwaige zu ſtarke demokratiſche Tendenzen. Iſt der Landtag in der Praxis zu einem Parlament der Vertagungen geworden, ſo iſt der Staatsrat das Parlament der Wiederholungen. Und für dieſe überflüſſige Einrichtung werden jährlich mehrere Millionen Mark ausgegeben!

Im ganzen ergibt ſich aus der Tätigkeit des Kabinetts Stegerwald, daß mit der Art der von ihm geförderten unfruchtbaren Arbeit Schluß gemacht werden muß. Preußen hat, ſeitdem die wichtigſten Einrichtungen auf das Reich übergegangen ſind, einen weſentlich verkleinerten Aufgabenkreis. Es ſoll ſich endlich auf jene Tätigkeit beſchränken, die ihm zukommt: auf das Gebiet der inneren Verwaltung, und es ſoll dieſe Arbeiten ſo raſch und ſo ſachlich erledigen, wie es die Verhältniſſe erheiſchen, ohne jede Rückſicht auf die Reichspolitik, die lediglich im Reichstage und nirgends anders gemacht wird. Für dieſe Verwaltungstätigkeit iſt der heutige Landtag viel zu groß, und der Staatsrat gar iſt erſt recht überflüſſig. Was auf Preußen zutrifft, iſt ſelbſtverſtändlich auch für die anderen Bundesſtaaten maßgebend. Die Art, wie von den Einzelländern heute Politik gemacht wird, wirkt höchſt ſchädigend für die Reichspolitik und darüber hinaus für die Reichseinheit. Das Beſtreben, von den Ländern aus große Politik zu machen, iſt lediglich vom partikulariſtiſchen Geſichtspunkte eingegeben. Die Einzelparlamente mit ihrem Heer von Beamten verſchlingen ungeheure Summen, ohne fruchtbringende Arbeit zu leiſten. Soweit ſie gar noch, wie vor allem Preußen und Bayern, beſtrebt ſind, auf die Reichspolitik einzuwirken, hemmen ſie den Fortſchritt und vergrößern das Maß der unproduktiven Arbeit. Preußen unter der Regierung Stegerwald hat auf dieſem Gebiete Vorbildliches geleiſtet, die Staatsmaſchine iſt dabei ins Stocken geraten, der Nutznießer war die Reaktion.

Von dieſem Geſichtspunkt aus betrachtet, weiſt freilich auch die Reichsverfaſſung ſchwere Mängel auf, und es zeigt ſich immer mehr, daß die Revolution auf halbem Wege ſtehen geblieben iſt. Die Schaffung eines wirklichen deutſchen Einheitsſtaates iſt nicht gelungen, die Verwaltungsmaſchine iſt heute noch komplizierter, wie vor der Revolution. Es iſt bemerkenswert, daß auch die „Voſſiſche Zeitung" ſich veranlaßt ſieht, das Gegeneinanderarbeiten zwiſchen Preußen und dem Reiche als einen großen Uebelſtand zu bezeichnen. Das Blatt ſpricht in ſeiner geſtrigen Morgenausgabe davon, daß die Konkurrenz der beiden Berliner Zentralen einen Konſtruktionsmangel der Reichsverfaſſung darſtelle, der immer ſtärker hervortrete.

Die „Voſſiſche Zeitung" glaubt anſcheinend, daß dieſer Uebelſtand dadurch beſeitigt werden könne, wenn der Reichskanzler, wie es im alten Deutſchland der Fall war, zugleich Miniſterpräſident von Preußen iſt. Auch dieſe Auffaſſung iſt überlebt, ſie würde, praktiſch durchgeführt, nur wiederum dazu führen, daß Preußen zum beſtimmenden Faktor im Reiche wird. Der Zug der Zeit geht aber dahin, die Einzelregierungen überhaupt zu beſeitigen und eine wirklich einheitliche deutſche Republik zu ſchaffen. Solange dieſes Ziel, das ſowohl wirtſchaftlich als auch politiſch und kulturell den gegebenen Verhältniſſen entſpricht, nicht erfüllt iſt, ſolange müſſen die Einzelregierungen, muß vor allem Preußen, ſich auf die Verwaltungstätigkeit beſchränken. Nur dadurch kann überflüſſige Arbeit erſpart, erſprießliche Politik gemacht werden.

Das Kabinett Stegerwald war ein reaktionäres Kabinett, es wollte die Vorherrſchaft Preußens ſichern, entfernte ſich von ſeinem Aufgabenkreis, verſuchte Reichspolitik zu machen und wurde dadurch zu einem Kabinett der Unfähigkeit und der Unfruchtbarkeit. Soll alſo wirklich poſitive Arbeit im Preußenparlament geleiſtet werden — und das muß ſo raſch wie möglich geſchehen —, dann darf es bei dem Rücktritt des Kabinetts Stegerwalds nicht es bei dem Rücktritt des Kabinetts Stegerwald nicht das Syſtem Stegerwald verſchwinden.

Die Regierungskriſe in Preußen

Zur Regierungskriſe in Preußen ſchreiben die „P. P. N.":

Die Berliner Rechtspreſſe verſucht wider beſſeres Wiſſen es ſo hinzuſtellen, als ob an der plötzlich eingetretenen Regierungskriſe in Preußen die Sozialdemokratie die Hauptſchuld trüge. Dabei iſt allgemein bekannt, daß es der Beſchluß der demokratiſchen Fraktion war, der mit der Zurückziehung der beiden demokratiſchen Miniſter Dominicus und Fiſchbeck die Kriſe heraufbeſchworen und das geſamte Kabinett Stegerwald zum Rücktritt veranlaßte. Tatſächlich hatten wir ja in Preußen eine latente Regierungskriſe, ſeit das Zweiparteien-Kabinett Stegerwald überhaupt beſteht, das ſich von Anfang an nicht lebensfähig erwies. Aber akut wurde die Kriſe jetzt plötzlich nicht in erſter Linie durch den Gegenſatz der Sozialdemokratie zu Stegerwald, ſondern weil in der Frage der Kabinettumbildung keine Einigung zwiſchen Stegerwald und den Demokraten zuſtandekommen konnte. Die Demokraten hatten ſich damit abgefunden, daß ſie das Innenminiſterium wieder an Severing abtreten mußten, aber ſie beſtehen darauf, Dominicus auch im neuen Kabinett zu haben, womöglich als Kultusminiſter. Dieſen Schritt wollte Stegerwald nicht mitmachen und darob kam es zum Beſchluß der demokratiſchen Fraktion.

Danach ſteht alſo feſt, daß die Rechtsſozialiſten ſich bereits mit Stegerwald abgefunden hatten. Wie ſie ſich die Arbeit mit dieſem Manne vorſtellten, dem ſie wiederholt, und nicht mit Unrecht, Unfähigkeit vorwarfen, den ſie, ſehr zu Recht, als Schrittmacher der Reaktion bezeichneten, wird das Geheimnis jener politiſchen Unterhändler bleiben, die mit Stegerwald ein gemeinſames Kabinett bilden wollten. Die Hinzuziehung der Volkspartei ſcheint im Prinzip ebenfalls ſchon beſchloſſene Sache geweſen zu ſein. Stegerwald wollte die Sozialdemokratie nicht länger von der Regierung fernhalten. Er wollte aber auch die Volkspartei nicht ausſchließen und ſuchte nach einem Ausweg, der ſich, der „Germania" zufolge, auch fand. Das Zentrumsblatt ſchreibt:

„Der Ausweg wurde geſucht und gefunden. Er war gangbar, wenn die politiſche Einſicht bei allen Beteiligten auf der Höhe der Zeitforderungen ſtand. Unter Wahrung des Beamtencharakters des gegenwärtigen Preußenkabinetts ſollten zwei Sozialdemokraten in dasſelbe eintreten, während der Volkspartei gegenüber die Verpflichtung eingegangen wurde, **dieſes Proviſorium längſtens bis zum Ende der parlamentariſchen Weihnachtsferien dauern zu laſſen.** Bis dahin, ſo durfte man hoffen, würden die parteipolitiſchen Gegenſätze wieder etwas gemildert ſein. Vorausſetzung aber war, wie geſagt, die Wahrung des Beamtencharakters des bisherigen Miniſteriums, d. h. politiſche Miniſter, wie ſie bisher nur von Demokraten und Zentrum geſtellt waren, nicht Beamtenminiſter ſollten für die zwei Sozialdemokraten Platz machen. Den Demokraten wurde angetragen, das Miniſterium des Innern abzutreten, während das Zentrum das Wohlfahrtsminiſterium hergeben wollte. Damit waren die Sozialdemokraten zufrieden, die Demokraten aber nicht. Sie wollten höchſtens das Miniſterium des Innern gegen das Kultusminiſterium eintauſchen. Das hätte eine Schmälerung des Beamtencharakters des Kabinetts bedeutet, ſtand aber auch nicht im richtigen Verhältnis zur ziffernmäßigen Bedeutung der Demokraten, verglichen mit der des Zentrums und der Sozialdemokraten."

Da das Zentrum außerdem keine Neigung zeigte, das Kultusminiſterium Dominicus zu übertragen, kam es zum Bruch. Was jetzt werden wird, ſteht noch nicht feſt. Die Rechtspreſſe ſpricht von der Möglichkeit des Zuſtandekommens der alten Koalition — Zentrum, Demokraten, Rechtsſozialiſten — unter der Führung Brauns. Die Demokraten arbeiten zielbewußt daran weiter, den Eintritt der Volkspartei in die Regierung zu erzwingen, und die „Germania" droht mit Oppoſition, wenn nicht bald der große tragfähige Block der Mittelparteien zuſtande komme.

Stegerwald läßt indeſſen verlautbaren, daß er die Bildung des neuen preußiſchen Kabinetts nicht übernehmen werde. Er wolle ſich wieder ſeinen gewerkſchaftlichen Aufgaben zuwenden. Der Landtag, der heute mittag zuſammentritt, wird ſich allem Anſchein nach wieder vertagen, bis das Spiel hinter den Kuliſſen zum Abſchluß gekommen iſt.

Die Einigungsfrage

Die Ausführungen Ledebours auf dem franzöſiſchen Parteitage

In Ergänzung des telegraphiſchen Berichts über die Ausführungen, die Ledebour auf dem Parteitag der franzöſiſchen Sozialiſten zur Einigungsfrage gemacht hat, geben wir nach dem „Populaire" noch die folgende genauere Darſtellung:

In Uebereinſtimmung mit Renaudel bezüglich der Wiederherſtellung der ſozialiſtiſchen Einigkeit in Deutſchland, hebt Ledebour hervor, daß, wenn in Amſterdam eine gemeinſame Zuſammenkunft zwiſchen den Sozialiſten der Zweiten Internationale und den Anhängern der Wiener Arbeitsgemeinſchaft nicht ſtattgefunden habe, das darin begründet ſei, daß die Mitglieder der Wiener Arbeitsgemeinſchaft dafür kein Mandat gehabt hätten.

Ledebour gibt dann eine Darſtellung von der politiſchen Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

„Vor einigen Wochen," ſagte er, „als die Regierung Wirth ſchwankte, hatten wir Konferenzen ſowohl mit den Mehrheitlern, wie mit den Mitgliedern der Regierung. Wir ſtimmten mit den Mehrheitlern in dem Willen überein, die Regierung zu zwingen, den Kampf gegen die durch Ludendorff repräſentierte Reaktion aufzunehmen. Wirth hat uns verſprochen, ſein Möglichſtes zu tun, um dieſen Kampf zu gutem Ende zu führen. Er iſt ein Bürgerlicher, der Charakter beſitzt."

Ledebour erwähnt dann den bekannten Ausſpruch Wirths, daß bei einem etwaigen Kampf zwiſchen Bourgeoiſie und Proletariat ſein Platz auf der Seite des letzteren ſein würde.

„Das iſt," ſagt Ledebour, „das mutigſte Wort, das ich jemals von einem Mitglied des bürgerlichen Staates gehört habe. Ich zitiere es, denn es erklärt unſere Haltung. Wir ſind keine Saboteure. Es gibt Kommuniſten, die ſagen: Wirth oder Ludendorff, was macht das für einen Unterſchied? Das iſt nicht meine Meinung und nicht die meiner Freunde. Die Politik der Sabotage iſt immer ſchlecht. Unſere Anſtrengungen haben das Ergebnis gehabt, daß eine demokratiſche Regierung möglich wurde, die eine Politik des Friedens gegenüber aller Welt treiben will, insbeſondere gegenüber Frankreich.

Im Reichstag haben wir dem Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth zugeſtimmt, um ſeine Mehrheit zu vergrößern. Daß die Kommuniſten nun ironiſch ſagen: Seht ihr, die Unabhängigen! Daran liegt uns nichts. Renaudel mag verſichert ſein, daß die Unabhängigen in Deutſchland alles tun, um die Einigung zu verwirklichen."

Ledebour weiſt dann darauf hin, daß die Reſolution, die auf dem ſozialdemokratiſchen Parteitag zu Görlitz angenommen wurde, für alle eine Ueberraſchung geweſen ſei. Immerhin gibt es eine Minderheit, zu der beſonders die Berliner Sozialdemokraten gehören. Der Redner wendet ſich dann zur Frage der Beziehungen zwiſchen Unabhängigen und Kommuniſten. Er erzählt:

„Die Kommuniſtiſche Partei hat an uns einen Brief gerichtet (hier iſt die Wiedergabe des „Populaire" wohl ungenau, da es ſich nicht um einen Brief, ſondern um mündliche Beſprechungen handelt. Die Red.) der die Aufſtellung eines Mindeſtprogramms für die Regierung bezweckte. Aber die Kommuniſten gingen viel weniger weit als wir. Aus ihrem Programm hatten ſie die Sozialiſierung der Bergwerke weggelaſſen, die für uns eine Hauptſache iſt. Dafür hatten ſie die Verwaltungsreform und die Juſtizreform hineingeſchrieben, die auch die radikalen bürgerlichen Gruppen anſtreben. Später, als eine Konferenz ſtattfand, die die Möglichkeit prüfen ſollte, an die Stelle der bürgerlichen Regierung eine ſozialiſtiſche zu ſetzen, wollten die Kommuniſten den Schwierigkeiten nicht ins Auge ſehen, die ſich zweifellos ergeben hätten. Sie wollten wohl die Verbündeten der Sozialiſten ſein, aber ſie weigerten ſich, an der Aktion teilzunehmen (d. h. ſich an der Regierung zu beteiligen. Die Red.). „Das beweiſt," ſagt Ledebour, „wie ſehr wir bereit ſind, alle Gelegenheiten zu benutzen, die zu einer Einigung der deutſchen Sozialiſten führen können. Aber um die internationale Einigung herzuſtellen, müſſen die Rechtsſozialiſten revolutionärer werden und müſſen die Kommuniſten auf die von Lenin verkündete Politik der Lüge verzichten."

Ledebour glaubt nicht, daß man den Antrag Renaudel-Grumbach annehmen könne. Er würde es vorziehen, daß das Exekutivkomitee von Wien an die Zentralkomitees der Zweiten und Dritten Internationale einen Appell richte, damit man zuſammen mit der Wiener Arbeitsgemeinſchaft nach Mitteln ſuche, um gemeinſame Aktionen in beſtimmten Fragen durchzuführen. Ledebour ſchloß ſeine Ausführungen mit folgenden Worten: „Man muß den Mut beſitzen, eine zeitlang in der Minderheit zu bleiben, um dann ſpäter die Mehrheit der Arbeiter in der ganzen Welt vereinigen zu können."

Einſpruch gegen die Auslieferung

Zur Affäre der verhafteten Spanier

Die an der Ermordung des ſpaniſchen Miniſterpräſidenten Edoardo Dato angeblich beteiligten ſpaniſchen Staatsangehörigen Louis Nicolao Fort und Lucia Joaquino Conception, die vor einigen Tagen hier verhaftet wurden, befinden ſich augenblicklich noch im Polizeipräſidium. Genoſſe Dr. Kurt Roſenfeld hat als Rechtsbeiſtand der Verhafteten gegen ihre beabſichtigte Auslieferung an Spanien Einſpruch erhoben. Er ſtützt ſich dabei auf den Auslieferungsvertrag mit Spanien vom 2. Mai 1878. Nach Artikel I dieſes Vertrages iſt an ſich wegen Mordes und Totſchlags auszuliefern. Nach Artikel VI findet dieſe Beſtimmung aber keine Anwendung auf ſolche Perſonen, welche ſich eines politiſchen Verbrechens ſchuldig gemacht haben. Davon wird aber eine weitere Ausnahme gemacht, daß eine derartige Tat nicht als politiſches Verbrechen anzuſehen iſt, wenn der Angriff gegen das Oberhaupt einer Regierung oder Mitglieder ſeiner Familie gerichtet war. Schon der Schutz für die Familienmitglieder zeige, daß in dem Auslieferungsvertrag lediglich an den Schutz des Königs bzw. des Präſidenten einer Republik als Staatsoberhaupt, nicht aber auch an einen Miniſter gedacht ſei. Dieſe Annahme werde auch dadurch unterſtützt, daß in dem ſpaniſchen Text des Vertrages nur von „Soberano" (Souverän) und „Gefe" (Chef) eines fremden Staates die Rede iſt. — Nach Anſicht Dr. Roſenfelds könne hier lediglich eine Strafverfolgung wegen Nichtanmeldung bzw. Uebertretung der Paßvorſchriften, nicht aber auch ein Auslieferungsverfahren eingeleitet werden.

Wie weiter gemeldet wird, will die ſpaniſche Geſandtſchaft einen Auslieferungsantrag an die deutſche Regierung richten. Es kann aber nach dem oben dargelegten Sachverhalt kein Zweifel darüber beſtehen, daß dieſer Antrag von der Regierung abgelehnt werden muß.

•

Es wird gemeldet, daß die ſpaniſche Regierung auf die Ergreifung der Mörder Datos einen Preis von 1 Million Peſetas (nach heutigem Kurs etwa 24 Millionen Mark) ausgeſetzt hat. Man trägt ſich im Berliner Polizeipräſidium mit der Erwartung, daß der größte Teil dieſes Betrages den Beamten der politiſchen Abteilung zufallen wird, denen die Ergreifung der Spanier „geglückt" iſt.

Wie ſchade, daß die Belohnung für die Ergreifung der Mörder Erzbergers nur in elenden deutſchen Mark und nicht in ſpaniſchen Peſetas ausgeſetzt worden iſt!

Kartoffelhöchſtpreiſe in Sachſen

Das ſächſiſche Wirtſchaftsminiſterium hat angeordnet, daß die von der ſächſiſchen Preisnotierungskommiſſion jeweils bekanntgegebenen Erzeugerpreiſe für die im Freiſtaat geernteten Speiſekartoffeln Höchſtpreiſe im Sinne der reichsgeſetzlichen Beſtimmungen ſind. Danach können insbeſondere Speiſekartoffeln, deren Abgabe zu den Höchſtpreiſen von den Erzeugern verweigert wird oder die unter Ueberſchreitung der Höchſtpreiſe aus Sachſen ausgeführt werden, enteignet werden. Höchſtpreisüberſchreitungen werden nach den geltenden geſetzlichen Beſtimmungen beſtraft; Händler, die hiergegen verſtoßen, verlieren die Handelserlaubnis. Für alle Sorten Speiſekartoffeln iſt in Leipzig, Bautzen und Dresden 45—52 M., in Chemnitz, dem Erzgebirge und in Zwickau 47—54 M. je Zentner als Höchſtpreis feſtgeſetzt.

Dieſe Maßnahme iſt zu begrüßen. Wenn die Reichsregierung in ihrer ſträflichen Nachläſſigkeit nichts tut, um den Kartoffelwucher zu bekämpfen, ſo bleibt den Landesregierungen gar nichts übrig als ſelber zu handeln.

•

In Meißen fanden am Montag Demonſtrationen gegen die Kartoffelnot ſtatt. Es ſammelten ſich auf dem Marktplatz etwa 1000 Perſonen an, die zum Teil mit Handwagen und Säcken erſchienen waren, in der Meinung, daß man auf das Land gehen werde, um ſich Kartoffeln ſelbſt zu holen. Die Vertreter der Gewerkſchaftskartelle ſorgten jedoch für Ordnung und gaben bekannt, daß die landwirtſchaftlichen Vereine ſich bereit erklärt hätten, innerhalb acht Tagen 5000 Zentner Kartoffeln zum Preiſe von 53 M. pro Zentner zur Verfügung zu ſtellen. Damit war die verſammelte Menge einverſtanden, und die Demonſtration erreichte ſomit ihr Ende.

Die Unterhändler für Oberſchleſien

Zu Mitgliedern der gemiſchten Kommiſſion für die deutſch-polniſchen Verhandlungen in Oberſchleſien ſind nunmehr der Geheime Bergrat Bunzel und der Bankdirektor Teußner aus Breslau ernannt worden.

Bei den bisherigen Ernennungen für die Verhandlungen in Oberſchleſien ſind lediglich die kapitaliſtiſchen und die bureaukratiſchen Intereſſen berückſichtigt worden. Es dürfte der Regierung wohl nicht unbekannt ſein, daß auch eine Reihe von ſozialpolitiſchen und arbeiterrechtlichen Fragen gelöſt werden müſſen. Will ſie ſich nicht endlich dazu entſchließen, auch Vertreter der Arbeiterſchaft für die Verhandlungen hinzuziehen?

Die Zerſtörung der Reichswerke

Im Plenarſaal des ehemaligen Herrenhauſes fand geſtern abend eine Kundgebung der Angeſtellten der Hauptverwaltung der Deutſchen Werke A.-G. ſtatt, die gegen die Zerſtörung ihrer Betriebe proteſtierten. Nachdem der Vorſitzende des Betriebsrates Stücklen die Erſchienenen begrüßt hatte, ſchilderte der zweite Vorſitzende Becker noch einmal die durch die Interalliierte Kommiſſion geplanten Zerſtörungen. Er bezeichnete dieſe Forderung als durchaus unmotiviert, nachdem die Werke ſich auf die Friedenswirtſchaft umgeſtellt hätten. Die Arbeiter hätten dieſe Umſtellung als eine Herzensangelegenheit aufgefaßt und die Hoffnung gehabt, daß die Friedensproduktion der Deutſchen Werke bald ein wichtiger Faktor im deutſchen Wirtſchaftsleben ſein würden. Da kam plötzlich die Aufforderung des Generals Nollet wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Das Werk Erfurt müßte demnach gänzlich ſtillgelegt werden. Auch das Werk Spandau wird ſich nicht weiterführen laſſen, weil das dazugehörige Walzwerk vernichtet werden ſoll. Das Werk Wolfgang ſoll bis zum 30. November ſtillgelegt werden.

Der Redner appellierte an die Arbeiter in Frankreich und England, die er auf den ehrlichen Willen der deutſchen Proletarier zur Wiedergutmachung hinwies. Die Zeit der Militärs ſei vorüber, und die Verſöhnung müſſe durch internationale Wirtſchaftsbeziehungen endlich verwirklicht werden. Der Redner ſchloß: In unſerem tiefen Elend, das durch den ſchlechten Stand der Valuta hervorgerufen iſt, können wir es nicht ruhig hinnehmen, daß 6000 Arbeiter auf die Straße geſetzt werden. Wir werden alles tun, um die Zerſtörung der Deutſchen Werke zu verhindern.

In der Diskuſſion machte ein Redner darauf aufmerkſam, daß erſt vor wenigen Wochen die Arbeiterſchaft der Deutſchen Werke die Herſtellung von Zielmunition abgelehnt habe. Die Arbeiter hielten an dem Worte feſt: „Nie wieder Krieg!" Aber ſie müſſen ſich mit aller Energie dagegen wehren, daß mit den Familienangehörigen rund 20 000 Menſchen brotlos gemacht werden.

Darauf ſicherten die Vertreter ſämtlicher Gewerkſchaften der Arbeiterſchaft ihre volle Unterſtützung zu. Unſere Genoſſen machten darauf aufmerkſam, daß man ſich bei dem berechtigten Proteſt vor nationaliſtiſchen Schlagworten hüten müſſe, die nur abſchwächend wirken könnten und leider nicht immer im Verlauf der Debatte vermieden worden ſeien.

Zum Schluß wurde eine Reſolution angenommen, die gegen die Schließung der Werke proteſtiert.

Engliſche Antwort an Rußland

London, 2. November.

Die britiſche Regierung hat geſtern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der ſich die Bolſchewiſten bereit erklären, die Vorkriegsſchulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau geſandt. Die britiſche Note erſucht um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehme z. B. Bezug auf die zariſtiſchen Schulden, an deren Frankreich außerordentlich intereſſiert ſei, erwähne jedoch nicht die rieſigen Forderungen aus ſtädtiſchen Anleihen, an denen das engliſche Kapital in ſehr hohem Maße beteiligt ſei.

Gute Zeiten für Attentäter. Wie die Münchener Blätter melden, wurden die am Freitag früh verhafteten fünf Perſonen, gegen die ſich der Verdacht der Mittäterſchaft an dem Anſchlag auf den Abgeordneten Auer richtete, ferner zwei weitere Verhaftete, mangels Beweismaterials wieder freigelaſſen. — Natürlich! Das wäre ja auch ein vollſtändiges Abweichen von jeder Regel, wenn die Münchener Polizei einen Mörder oder Attentäter ausfindig zu machen verſtünde.

Der dunkle Punkt

Die Intrigen der Deutſchen Volkspartei

Auf einem Bezirksparteitag in Düſſeldorf hat der Führer des Zentrums Marx eine ausführliche Darſtellung des Verlaufs der letzten Regierungskriſe gegeben. Er berichtet über die Bemühungen des Reichspräſidenten Ebert, die große Koalition zuſtande zu bringen. Es war auch ſchon mit Streſemann, dem Führer der Deutſchen Volkspartei, eine Einigung zuſtandegekommen und Wirth ſollte wieder Reichskanzler werden. Was Streſemann aber vereinbart hatte, wurde zwei Stunden darauf von der Fraktion ſeiner Partei wieder zerſchlagen. In einer Fraktionsſitzung, die der dunkelſte Punkt in der Geſchichte der Deutſchen Volkspartei bleiben werde, wurde alles abgelehnt, was Streſemann zugeſagt hatte. Streſemann reiſte ſofort ab und ward im Reichstag nicht wieder geſehen. Noch ſchlimmer ſei der Brief der Volkspartei an den Reichspräſidenten geweſen, der ſo ſtarke Angriffe gegen die Koalitionsparteien enthielt, daß die Demokraten daraufhin die Erneuerung der alten Koalition ablehnten. Nun erklärte der Reichspräſident, daß er ſofort ſeinen Poſten niederlegen würde, wenn eine Mehrheit für die Ablehnung des Diktats der Entente herauskomme, und das veranlaßte Wirth, in die Breſche zu ſpringen und ſich zur Bildung einer Regierung bereit zu erklären. Marx erklärte ſchließlich, daß trotz dieſer Vorgänge das Zentrum auch künftig bereit ſei, mit der Volkspartei und den Demokraten eine Koalition zu bilden.

Dieſe Ausführungen werden ergänzt durch einen Artikel des demokratiſchen Abgeordneten Erkelenz in der „Frankfurter Zeitung", in dem er Einzelheiten aus dem Intrigenſpiel der Deutſchen Volkspartei berichtet. Wir erfahren folgendes:

Die erſte Intrige richtete ſich **gegen Herrn Streſemann** ſelbſt, gegen den Führer der Partei und ſie wurde angezettelt von den eigenen **Kollegen** in ſeiner eigenen Partei. Streſemann verfolgt ſeit längerer Zeit die Abſicht, ſeine Partei in eine Koalition gemeinſam mit den bisherigen Regierungsparteien hineinzuführen. Es verlautete ſchon öfter, daß er dabei in ſeiner Partei ſtarkem Widerſtand begegne. Aber es wurde dann immer wieder von **allen offiziellen Parteiſtellen erklärt, man ſei mit Streſemann völlig einig. Wirth hatte in ſeiner Karlsruher Rede recht: der Großblock wäre diesmal zu erreichen geweſen, obwohl noch ſtarke** Widerſtände bei der Sozialdemokratie lagen. Und Streſemann hat mit einem beträchtlichen Aufwand von Geduld tagelang auf das Ziel hingearbeitet. **Dann verbreitete die „Telegraphenunion" plötzlich am Abend des 22. Oktober eine Entſchließung der volksparteilichen Fraktion**, die da beſagte, daß die Volkspartei unter allen Umſtänden **gegen die Entſendung von Verhandlungsführern wegen Oberſchleſiens** ſei, falls nicht formell feſtgelegt und von der Entente anerkannt werde, daß mit der Führung der **Verhandlungen keine Anerkennung des Genfer Diktats verbunden ſei. Das war immerhin etwas überraſchend, denn bis dahin wußte man auch von der Volkspartei nichts anderes, als daß ſie** verhandeln wolle. Erkundigungen ergaben, daß der erwähnte Beſchluß tatſächlich in der volksparteilichen Fraktion gefaßt war. **Aber er ſollte nicht veröffentlicht werden** und Streſemann ſelbſt ſcheint den Beſchluß auch nicht als endgültig angeſehen zu haben. Gerade deshalb aber hatten ſeine **Gegner in ſeiner eigenen Partei den Beſchluß in die Preſſe gegeben.** Und ein ſehr namhaftes Mitglied ſeiner Fraktion hat die Veröffentlichung mit der Erklärung **begleitet: „Dieſer Beſchluß wird durchgehalten und wenn es Perſonen koſtet".** Das war **die erſte Intrige.**

Die zweite Intrige aus demſelben Lager richtete ſich am 24. Oktober **gegen den demokratiſchen Führer** Peterſen. Dieſer hatte **am Sonntag, den 23. Oktober** mit den Herren Streſemann und **Kempkes verhandelt und einen Weg** geſucht, **auf dem beide Parteien in die Regierung gehen könnten. Der Klarheit halber hatte** man das Ergebnis ſchriftlich fixiert und unterſchrieben. Dieſes **ganz vertrauliche Protokoll**, das in der demokratiſchen Fraktion nur ganz vertraulich verleſen wurde, befand ſich **bereits am 24. Oktober, mittags, in etwa 16 vervielfältigten Exemplaren in den Händen der Preſſe.** Und **am Abend** veröffentlichte das „8-Uhr-Abendblatt" den entſcheidenden Teil dieſes von vier Männern flüchtig niedergeworfenen vertraulichen Dokuments. Der offenbare Zweck der Veröffentlichung war, den Demokraten die Rückkehr zur alten Koalition zu erſchweren.

Noch ſchlimmer war **die dritte Intrige, die ſich am 25. Oktober** entwickelte. Am Abend des 24. Oktober hatten die vier Parteien (Sozialdemokratie, Zentrum, Demokraten und Volkspartei) beim Reichspräſidenten eine gemeinſame Beſprechung gehabt, **um eine Formel zu finden für die große Koalition.** Und man hatte eine **Formulierung gefunden**, von der auch Streſemann und **Kempkes** glaubten, daß ſie für die volksparteiliche Fraktion tragbar ſei. Es handelte ſich dabei bekanntlich um die Frage der Entſendung von Verhandlungsführern, um den damit in Zuſammenhang ſtehenden **Proteſt gegen das Diktat** betr. Oberſchleſien und um die Folgerungen, die gegebenenfalls aus einer Ablehnung dieſes Proteſtes durch Paris zu ziehen ſeien. Bei den Verhandlungen hatten die Sozialdemokraten erklärt, ſie ſeien nicht bereit, eine Ablehnung des Proteſtes mit einer Nichtentſendung der Verhandlungsführer **zu beantworten.**

Mit dem Ergebnis dieſer Beratungen beim Reichspräſidenten begaben ſich Streſemann und Kempkes **noch in derſelben Nacht** in ihre Fraktion. Und dieſe desavouierte Streſemann **und** lehnte **die vereinbarte Plattform ab.** Das teilte Streſemann am Morgen des 25. Oktober dem Reichspräſidenten brieflich mit und nannte **als Grund der Ablehnung** insbeſondere die ſozialdemokratiſche Erklärung, daß man der Abweiſung des Proteſtes eine weitere Folge nicht geben wollte. Und dieſe, im vertraulichſten Kreiſe von zehn Parteiführern abgegebene ſozialdemokratiſche Erklärung ſtand nicht nur ſinngemäß am Nachmittag des 25. Oktober in der „Nationalliberalen Korreſpondenz", ſondern der Brief erſchien auch wörtlich abgedruckt im „Tag". Und in demſelben Augenblick, in dem dieſe Veröffentlichungen ſtattfanden, ließ ſich die „Nationalliberale Korreſpondenz" einen der demokratiſchen Führer an den Fernſprecher rufen und bat ihn dringend, **den Inhalt des Briefes ganz vertraulich zu behandeln.**

Dieſe Veröffentlichung hat, wie jeder Beteiligte weiß, auf den Weiterverlauf der Ereigniſſe einen entſcheidenden Einfluß ausgeübt. Darüber wird an anderer Stelle zu ſprechen ſein. Von vielen Seiten iſt dieſe Veröffentlichung **als ein ſchwerer Landesverrat bezeichnet worden. Erwähnt man noch** die Mitteilung der „Deutſchen Tageszeitung", daß die Deutſche Volkspartei in dieſen Tagen in **enger Fühlung mit den Deutſchnationalen** geſtanden hat" („D. Tagesztg." Nr. 490 vom 25. Oktober 1921 abends), ſo überſieht man einigermaßen, was geſpielt worden iſt.

*

Aus dieſen Darlegungen geht noch einmal mit aller Deutlichkeit hervor, wie die Deutſche Volkspartei während der Regierungskriſe die Geſchäfte ihrer deutſchnationalen Schweſter beſorgt hat. Und dieſe beiden Parteien, die nicht oft und laut genug ihre nationale und ihre vaterländiſche Geſinnung betonen können, wiſſen in ſolchen Zeitläuften nichts anderes zu tun, als die politiſchen Nöte ihres Vaterlandes aufs höchſte zu ſteigern. Aus nacktem Parteiegoismus und perſönlichem Machtbedürfnis, was freilich beides diktiert iſt von dem Wunſch, die verrotteten Zuſtände des alten Syſtems wiederherzuſtellen, treiben ſie mit Bewußtſein das Deutſche Reich dem Bankrott zu!

Die Reichseiſenbahn und das Kapital

Wer trägt die Schuld am Finanzelend?

Kriegswirtſchaft und Materialwucher

Von einem Mitglied des Sachverſtändigenbeirates beim Reichsverkehrsminiſterium wird uns über die von uns mehrfach erwähnte Konferenz des Beirates geſchrieben:

L. B. Der Sachverſtändigenbeirat beim Reichsverkehrsminiſterium hat ſich am 27. Oktober d. Js. mit der Frage beſchäftigt, ob die Ueberführung der Reichseiſenbahn in Privatbeſitz geeignet wäre, eine Geſundung der finanziellen Lage der deutſchen Reichsbahn herbeizuführen. Der Sachverſtändigenbeirat kam genau wie die Präſidentenkonferenz in München zur Verneinung dieſer Frage.

Miniſter Groener konnte als Ergebnis der Ausſprache feſtſtellen, daß von keiner Seite gewünſcht wurde, die Reichsbahn in Privatbeſitz zu überführen. Dagegen wurde allſeitig eine **Durchdringung der Reichsbahnverwaltung mit kaufmänniſchem Geiſte** gefordert und möglichſte

Anwendung guter privatkapitaliſtiſcher Grundſätze

empfohlen. Der Miniſter ſtellte weiter feſt, daß nichts dagegen einzuwenden ſei, wenn bei der Einbringung des Eiſenbahn-Finanzgeſetzes eine Reihe privatkapitaliſtiſcher Grundſätze durchgeführt werde. Das Eiſenbahn-Finanzgeſetz ſoll dem Reichstag im Laufe der Wintermonate zugehen.

In letzter Zeit iſt ſehr viel über das Thema „Privatiſierung der Reichsbahn" geſchrieben und geredet worden. Wir können heute feſtſtellen, daß nicht nur die vom Miniſter berufenen Sachverſtändigen, ſondern auch die Vertreter der Arbeiter und Beamten auf dem Standpunkt ſtehen, daß ſofort eine Reform der geſamten Verwaltung nach modernen kaufmänniſchen und techniſch-wirtſchaftlichen Grundſätzen in die Wege zu leiten iſt. Dieſe Forderung wurde bereits am 16. März d. Js. im Reichstag durch einen Antrag unſerer Fraktion erhoben.

Die Reichsbahn ſoll nach Artikel 92 der Reichsverfaſſung „als ein ſelbſtändiges wirtſchaftliches Unternehmen verwaltet werden, das ſeine Ausgaben einſchließlich Verzinſung und Tilgung der Eiſenbahnſchulden ſelbſt zu beſtreiten und eine Eiſenbahnrücklage anzuſammeln hat". Es erhebt ſich nun die Frage:

Was geſchieht mit den vorhandenen Fehlbeträgen?

Wir können feſtſtellen, daß in der Sitzung des Sachverſtändigenbeirates nicht nur der Miniſter Groener, ſondern auch der hervorragende Sachverſtändige Geheimrat Kirchhoff ſich grundſätzlich zu dem Antrag bekannt hat, den unſere Fraktion ebenfalls am 16. März d. Js. im Reichstag geſtellt hat. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

> „Der Reichstag wolle beſchließen, die Reichsregierung zu erſuchen, die durch die Folgeerſcheinungen des Krieges (Herabwirtſchaftung des rollenden Materials, der Anlagen, Steigerung der Materialpreiſe uſw.) im Eiſenbahnhaushalt vorhandenen und daraus noch weiter erwachſenden Fehlbeträge, mindeſtens jedoch den Betrag von 15 Milliarden Mark, **auf die allgemeine Reichsſchuld zu übernehmen."**

Miniſter Groener ſowie Geheimrat Kirchhoff äußerten ſich dahin, daß eine Abbürdung der Kriegslaſten erfolgen müſſe, daß alſo der Reichseiſenbahn eines Tages die als Kriegskoſten anzuſehenden Beträge abgenommen und auf die allgemeine Reichsſchuld überſchrieben werden müßten. Der Miniſter ſtellte feſt, daß dies in Dänemark bereits erfolgt ſei.

Dem Sachverſtändigenbeirat wurde eine Ueberſicht über die Finanzergebniſſe, Betriebsleiſtungen, die Zahl der Beamten und Arbeiter, die Ausgaben für Löhne und Gehälter, Steigerung der Materialpreiſe und der Preiſe für Fahrzeuge, den Mehrverbrauch an Materialien, die Perſonalbewegung, die Entwicklung der Tarife (Perſonen- und Gütertarife) vorgelegt. Aus der Ueberſicht waren in der Hauptſache die Zahlen aus den Rechnungsjahren 1913, 1920 und 1921 zu erſehen. Uns intereſſieren hier im weſentlichen die

Betriebsleitungen, Zahl der Beamten und Arbeiter, Löhne und Gehälter

und die Steigerung der Materialpreiſe.

Was die Betriebsleiſtungen betrifft, ſo ergibt ſich, wenn wir die Güterwagenachskilometer bei der Beurteilung zugrunde legen, eine Verbeſſerung gegenüber dem Vorjahre von 3,14 Proz., bei den Perſonenwagenachskilometer eine ſolche von 12,14 Proz. Wenn dieſes Reſultat auch nicht reſtlos befriedigt, ſo iſt immerhin eine nennenswerte Beſſerung feſtzuſtellen. Die Zahl der Beamten iſt von 281 178 im Jahre 1913 auf 454 413 nach dem Voranſchlag für 1922 geſtiegen. Wir bitten, dieſe Zahlen zu be-
459 000 und ſoll nach dem Voranſchlag für 1922 541 856 Köpfe
459 000 und ſo Unach dem Voranſchlag für 1922 541 856 Köpfe
betragen. Die Steigerung iſt ſehr unweſentlich, wenn man berückſichtigt, daß hauptſächlich im Betrieb durch die teilweiſe Einführung des Achtſtundentages nach der Berechnung der Verwaltung ein Mehr von 30 Proz. erforderlich iſt. Die Steigerung der Gehälter gegen 1913 beträgt durchſchnittlich das 8fache, die Steigerung der Arbeiterlöhne durchſchnittlich das 11fache.

Intereſſant iſt der Stand der Materialpreiſe. Wir veröffentlichen deshalb dieſe Tabelle vollſtändig:

Stand der Materialpreiſe:

für	im Jahre 1913 M.	im Jahre 1920 M.	im Oktober 1921 M.	mithin in 1921 höher als in 1913
die To. Stückkohlen	13,00	215,40	333,00	26fach
die To. Schienen	118,00	2 950,00	2 277,00	20fach
die To. Eiſenſchwellen	109,00	2 995,00	2 317,00	21fach
das Stück Holzſchwelle, ungetränkt	4,70	50,00	70,00	15fach
100 kg Petroleum	18,41	744,50	450,00*) (Apr. 1921)	24fach
1 cbm Kiefernholz	56,00	1 000,00	800,00	14fach
die Lokomotive (Gat-				
die To. Stabeiſen	98,00	2 840,00	3 000,00	30fach

*) Der für die Lieferungen ab 1. Oktober zu zahlende Petroleumpreis wird bei dem ſtark geſtiegenen Dollarkurſe vorausſichtlich ſehr erheblich höher ſein.

Stand der Preiſe für Fahrzeuge:

die Lokomotive (Gattung P 8)	94 000	1 707 000*)	1 580 000**)	17fach
den Perſonenwagen (D-Zug 3. Kl.)	39 000	574 000*)	595 000**)	15fach
den Güterwagen (bedeckt, mit Bremſe)	3 700	81 900*)	62 000	17fach
(offen, 20 To., mit Bremſe)	3 100	71 400*)	53 500	17fach

*) Winter 1920/1921.
**) Vereinbart im Sommer 1921.

Der Anteil der Materialpreisſteigerungen an dem Fehlbetrag des Vorjahres in Höhe von 15 Milliarden wurde auf mindeſtens 10 Milliarden geſchätzt.

Man ſollte nun annehmen, daß die Vertreter der Schwerinduſtrie im Sachverſtändigenbeirat ſich über die Urſachen der ungeheuren Steigerung der Materialpreiſe geäußert hätten. Dies war leider nicht der Fall. Dafür unternahmen ſie — anſcheinend um den ſchlechten Eindruck, der ſich aus der Steigerung der Materialpreiſe ergibt, zu verwiſchen — wiederum ihre bekannten Angriffe wegen der Ueberlaſtung des Etats durch den

angeblichen Perſonalüberfluß.

Sie forderten den Miniſter unter Hinweis auf die günſtige Lage des Arbeitsmarktes auf, ſofort die Entlaſſung von Arbeitern energiſch durchzuführen. Der Miniſter ſtellte feſt, daß keineswegs zuviel Facharbeiter vorhanden ſeien, ſondern daß teilweiſe in dieſer Beziehung ſogar Mangel herrſche; lediglich im Betrieb ſeien nach ſeiner Anſicht noch zuviel Arbeiter vorhanden. Er ſei dauernd bemüht, das Perſonal zu verringern, jedoch ſtänden die geſetzlichen Beſtimmungen, Demobilmachungsvorſchriften, Wohnungsnot uſw. ſeinen Beſtrebungen im Wege. Es ſei ſeine feſte Abſicht, die Leiſtungen zu erhöhen. Dies könne jedoch nur durch Erhöhung der Leiſtung des einzelnen erfolgen.

Ein Vertreter der Induſtrie äußerte ſich dahin, daß es das finanzielle Ziel der Reichsbahn ſein müſſe, den Zuſtand von vor dem Kriege wieder herzuſtellen. **Aus der Reichsbahn müſſen größere Gewinne herausgewirtſchaftet werden, um die Steuerlaſten zu ermäßigen.** Von dieſer Seite wurde auch darauf hingewieſen, daß der politiſche Einfluß auf die Reichsbahnverwaltung verſchwinden müſſe.

Den Vertretern der Induſtrie und der Landwirtſchaft wurde von Arbeitervertretern geantwortet, daß zur Zeit im Betrieb **kein Perſonalüberfluß** vorhanden, ſondern daß in den letzten Wochen ſogar ein Perſonalmangel feſtgeſtellt worden ſei. Der Miniſter ſei ſchlecht beraten, wenn er den Ausführungen der Vertreter der Induſtrie und Landwirtſchaft folgen wolle; daraus könnten die verhängnisvollſten Folgen, nicht nur für die Reichsbahn, entſtehen. Wenn von der Beſeitigung des politiſchen Einfluſſes geſprochen würde, ſo ſei wohl die Frage erlaubt, welchen politiſchen Einfluß man meine, ob damit etwa der

unheilvolle Einfluß der Schwerinduſtrie

gemeint ſei, der ſich nicht nur politiſch, ſondern auch wirtſchaftlich ſehr zum Nachteil der Reichsbahn bemerkbar mache, wie ſich aus der vorgelegten Zahlenüberſicht bezüglich der Steigerung der Materialpreiſe ergebe. Es wurde den Vertretern der Induſtrie empfohlen, nicht nur den Perſonalbeſtand, ſondern ganz beſonders auch die Steigerung der Materialpreiſe zum Gegenſtand der Erörterung zu machen.

Gegenüber der zutage getretenen Anſicht, aus der Reichsbahn größere Gewinne herauszuwirtſchaften, um die Steuerlaſten zu mildern, wurde darauf hingewieſen, daß die Reichsbahn nicht als ein gemeinnütziger Betrieb fortgeführt werden könne, von dem auf der einen Seite die Schwerinduſtrie und die Landwirtſchaft billige Frachttarife verlangen und von dem man auf der anderen Seite größere Ueberſchüſſe erwartet. Auch eine andere Betriebs- und Verwaltungsform könne nichts nützen, wenn die Reichsbahnverwaltung auch in Zukunft dem Preisdiktat der Syndikate und Konzerne folgen müſſe. Es müſſen Sicherheiten dafür geſchaffen werden, daß die Schwerinduſtrie nicht weiterhin die Betriebsverwaltungen des Reiches als melkende Kuh betrachtet. Eine ſolche Sicherung iſt nach unſerer Meinung nur möglich durch **Sozialiſierung des Bergbaues und der Eiſen- und Stahlinduſtrie.** Nur wenn das Reich nach dieſer Richtung genügend Sicherheit ſchafft, iſt eine baldige Geſundung der reichseigenen Betriebe möglich.

Bettelpfennige

Die Zulagen der unteren Beamten

Nach dem erſten Bekanntwerden der neuen Reform der Beſoldungsordnung wurde aus der Flut der vielen Zahlen eine Durchſchnittsaufbeſſerung von 25 bis 30 Prozent herausgerechnet. Schon darin würde eine ungerechte Behandlung der niederen Gehaltsſtufen liegen. Bei genauer Berechnung wird jedoch erkennbar, daß von einer ſolchen Gleichmäßigkeit der Zulagen im Durchſchnitt nicht einmal die Rede iſt, denn die unteren Beamtenkategorien ſind noch weit ſchlechter weggekommen. Von einem Beamten wird uns hierzu geſchrieben:

„In Wirklichkeit beträgt der prozentuale Zuſchlag der **unteren Gehaltsklaſſen 10—15 Prozent, während er allerdings bei den höheren 30 Prozent ſogar weſentlich überſteigen** dürfte. Als Beiſpiel möchte ich folgendes anführen:

In der 1. Gehaltsklaſſe Stufe 2 betrug nach der früheren Beſoldungstabelle das Gehalt folgende Sätze:

Grundgehalt jährlich	4300 M.
Ortszuſchlag jährlich für Ortsklaſſe A . . .	2000 „
dazu ein 83prozentiger Teuerungszuſchlag . .	5859 „
macht jährlich Sa.	12159 M.

Nach der neuen Gehaltsregelung kommen folgende Sätze in Frage:

Grundgehalt jährlich	8000 M.
Ortszuſchlag jährlich	3200 „
	11200 M.
hierzu ein in Ausſicht genommener 20prozentig. Teuerungszuſchlag	2240 M.
	13440 M.

Die in Frage kommende Gehaltsaufbeſſerung beträgt alſo 1281 Mark. Wie zu erſehen, beträgt die Aufbeſſerung zu dem alten Gehalt nur etwa 11 Prozent.

Unſer Mitarbeiter fügt dieſer Feſtſtellung mit vollem Recht hinzu: „Wie dieſer geringe Zuſchlag als Ausgleich für die inzwiſchen eingetretene enorme Teuerung anzuſprechen iſt, bleibt die offene Frage, mit der ſich hoffentlich der Reichstag und insbeſondere die ſozialiſtiſchen Parteien bei der Vorlage der neuen Beſoldungsordnung eingehend beſchäftigen werden."

*

Das „Berliner Tageblatt" führt ein anderes Beiſpiel an. Es wendet ſein Intereſſe natürlich den höheren Beamten zu und berechnet folgendes:

„Um ein Beiſpiel anzuführen, wird alſo ein Regierungsrat, der zur elften Klaſſe gehört, wenn er das Höchſtgehalt ſeiner Gruppe erhält, in Berlin tätig iſt und zwei Kinder von 6 bis 14 Jahren hat, ein Gehalt von 44 000 M. plus 8000 M. Ortszuſchlag plus 4800 M. Kinderzuſchläge plus 11 360 M. Teuerungszuſchlag, **im ganzen alſo 68 160 M.** beziehen. Die Gruppe 12, in der ſich die Oberregierungsräte befinden, wird bis auf 84 000 M. kommen. In der Gruppe 13, in der ſich die Miniſterialdirektoren befinden, wird das Gehalt **bis auf 110 000 M. ſteigen."**

Das „B. T." nimmt befriedigend davon Notiz und fügt hinzu, daß nun auch die Beamten der Länder und Gemeinden entſprechend erhöhte Gehälter beziehen werden. Es verſäumt ganz, ein Klagelied über die hohe Belaſtung der Reichskaſſe anzuſtimmen, wie ſonſt, wenn Forderungen der Arbeiter von Reichsbetrieben vorliegen. Das Blatt verſpricht ſich ſogar einen volkswirtſchaftlichen Vorteil von der Steigerung der Beamteneinkommen. Es ſchreibt nämlich:

„Damit wird allerdings die Lebenshaltung der ſchaffenden Bevölkerung auf eine neue Grundlage gehoben, die für **das ganze wirtſchaftliche Leben von einſchneidender Bedeutung** werden muß."

Das wäre richtig, wenn durch die neuen Gehälter die Konſumkraft der Maſſen der unteren und mittleren Beamten weſentlich gebeſſert worden wäre. Wie man ſieht, iſt das nicht der Fall. Die geringe Zahl der oberen Beamten, denen mit vollen Händen gegeben wird, bilden als Konſumenten keinen nennenswerten Faktor. Die Maſſe der Beamten aber iſt auch jetzt **nicht in der Lage, Hemden und Schuhe für Weib und Kind zu kaufen.**

Alexanderpl., Abt. Frische Blumen:

Obstbäume

zur Herbstpflanzung
darunter Pfirsichbüsche, sehr preiswert

Lebensmittel

Gutschriften-Abteilung
in unserem Hause Leipziger Str.
Auskunft in der Gutschriften-Abteilung im Zwischenstock

Leberwurst 2-Pfd.-Dose 9^{00}

Blutwurst 2-Pfd.-Dose...... 9^{00}

Rotwurst nach Thüringer Art........ Pfund 16^{50}

Landleberwurst Pfd. 14^{50}

Bauernmettw. Pfd. 19^{50}

Rindfleisch 2-Pfd.-Dose 15^{50}

Gänse- Stückenfleisch..... Pfund 13^{00}

Suppenhühner ½ 12^{50}

Hirschfleisch Pfd. von 7^{50}

Hasen gestreift ... Pfund 13^{00}

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund	9^{00}
Schmorfleisch	mit Knochen Pfund	11^{00}
Roastbeef	mit Knochen Pfund	10^{00}
Kalbskamm	Pfund	9^{00}
Kalbsbrust	und -rücken Pfund	10^{00}
Kalbskeulen	Pfund	11^{00}
Hammelfleisch	Pfund	11^{00}
Schabefleisch	Pfund	13^{00}

Gfr. Kaninchen oh. Kopf Füsse Pfd. 4^{80}

Spiegel-Karpfen lebend Pfund 11^{50}

Weizenmehl	Pfund	4^{00}
Weizengriess	Pfund	4^{75}
Nudeln	Pfund	7^{75}
Kaffeemischung		8^{00}
Weißkohl		90 Pf.
Sellerie	Pfund	1^{40}
Möhren	Pfund	60 Pf.
Spinat	Pfund	65 Pf.

Preise einschl. Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag!

Besonders preiswerte Weine u. Spirituosen

Wir empfehlen vor der Steuererhöhung rechtzeitige Eindeckung

1918er Montagna-Rotw.	½ Fl. 16^{50}	10 Fl. 100^{00}
Insel Samos	½-Liter-Flasche 18^{50}	5 Fl. 90^{00}
Oesterr. Süsswein	½-Liter-Flasche 18^{50}	5 Fl. 90^{00}
1919er Edenkobener	½ Fl. 12^{50}	10 Fl. 120
1919er Niersteiner	½ Flasche 18^{5}	10 Fl. 180
1919er Dorsh. Berg	½ Fl. 24^{00}	10 Fl. 225^{00}
1919er Schloss Böckelh.	½ Fl. 24^{00}	10 Fl. 225^{00}
1919er Neustadter Grain	½ Fl. 26	10 Fl. 240
1915er Nierst. Galgenbg.	½ Fl. 28^{50}	10 Fl. 275
Weinbrand-Verschnitt *	Flasche 42^{00}	
Weinbrand-Verschnitt **	Flasche 48^{00}	
Alter Weinbrand ***	½ Flasche 52^{00}	
Kalt und Kalt	½ Flasche 48^{00}	
Cherry-Brandy	½-Spec.-Fl. 56^{00}	
Steinhäger	½-Special-Flasche 56^{00}	

Alter Tarragona
vorzügliche Qualität
½ Flasche 24^{00} 10 Flaschen 225^{00}

HERMANN TIETZ

Sonnengartner
Alter spanischer Dessertwein
½ Flasche 24^{00} 10 Flaschen 225^{00}

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Nach Damaskus II. III. Teil

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7½ Uhr: Die Wildente

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Rigoletto
Schauspielhaus:
7½ U.: Der Marquis v. Keith

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
6¾ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele
Uhr: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Räuber

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Die Ehe im Kreise

TRIANON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Pariserin
Der Dieb

RESIDENZ-THEATER
7½ Uhr: Der König in Paris
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Suchen Humbrecht

KLEINES THEATER
7½ Uhr: Carola Toelle in
Frl. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine Pr.
Casanovas Sohn

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann, Bildt, Brandt, Biche, Rehkopf, v. Twardowski, Eppelt, Klupp)

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**
Erika Gläßner, Richard, Engl, Prockl, Stieda, Dernburg

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Komische Oper
7½, allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Glocken von Corneville

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

7½ **Casino-Theater** 7½
Nur noch heute
Exzellenz Maxe
Sig. 3½ Uhr: Pantoffelheld

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom ____________

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“

zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____________

Ort: ____________ Straße ____________ Nr. ____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen; vorn, Hof, Stfl., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Großes Schauspielhaus

Sonntag, 6. November, 3 Uhr

Einmalige Nachmittagsvorstellung

Die Weber

von Gerhart Hauptmann

Behrenstraße 54.

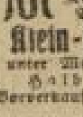
8 Uhr:
Max Marzelli
2 Orelas
Max Sovereign
Käthe & Nicki
Lachpillenwolf
Erna Anne
4 Millons
Carl Braun
Maria Warhuus
Schiller & Jeronie
Ernst Riedel

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Nur noch bis 15. November
Eisenkönig
Breitbart
Neue Leistungen
Außerdem neue
Ringkampf-Sensationen

FREY-BUND
Montag, 7. November, 8 Uhr
Künstlerhaus, Bellevuestraße 3
Prof. Dr. Leonard Nelson-Göttingen
Führererziehung als Weg zur Vernunftpolitik
Karten 10—2 M. Wertheim u. Abendkasse

81. Apollotheater 81.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.



Elite-Sänger
Sonnabend 3½ Uhr
Kinder-Märchen-Vorstellung:
Klein-Däumling
unter Menschenfressern.
Halbe Preise
Vorverkauf 11-1½ und 4-6

Achtung!
Händler u. Wiederverkäufer!
Kantinen und Vereine!
Tafel-Schokolade, 100-, 50- u. 25 g, Bruchschokolade, Silberwaffeln, **Marzipan-Stangen**, Bananen, dir. ab Fabrik. **G. Freund & Co., N. 37**, Schwedter Str. 258 (Näh. Schönh. Tor)

geöffnet 9—7
Auf Teilzahlung
Anzüge
Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Raglans, Maßarbeit, mod. Sachen
Bequ. diskrete Ratenzahl.
Leiser Gottlieb
Nollendorfstr. 22a
II. Etage (a. Nollendorfpl.)
Sonntags 9—1

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Straußberger Str. 24 I. Keller

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oberberger Str. 1. Reinickendorfer Str. 107, I. Hof, Keller.

Ende November erscheint der

USPD

Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einnahme- und Ausgabetabellen
Reichswahlstatistik / Reichsbehörden
Adressenmaterial und anderes mehr

★

Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden

5.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 / Breite Straße 8-9

Zum 9. November

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution
Preis 1.— Mark

Die deutsche Arbeiterrevolution
Preis 1.50 Mark

Die Münchener Tragödie
Preis 2.— Mark

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe
Preis 1.— Mark

Eichhorn über die Januarereignisse
Preis 3.— Mark

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten
Von Heinrich Ströbel — Preis 2.— Mark

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D.
Preis —.75 Mark

Abrechnung mit den Rechtssozialisten
Von Arthur Crispien — Preis 1.— Mark

Die Revolution
Preis 12.— Mark

Der Mord an Liebknecht und Luxemburg
Preis 6.— Mark

Ledebour vor den Geschworenen
Preis 1.20 Mark

Der Prozeß Ledebour
Vollständige Ausgabe — Geb. 36.— Mark

Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar
Preis —.75 Mark

Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik
Von Hugo Haase — Preis 5.— Mark

Wie der Weltkrieg entstand
Von Karl Kautsky — Preis 10.— Mark

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 **Breite Str. 8-9**

Auch in allen Filialen der „Freiheit“ vorrätig
Versand auch nach auswärts

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10—150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Glühlampen
Metallfadenlampen und sämtl. Licht-Install.-Material
kauft
[illegible]

Gaskrone
dreiflammig, ... verkauft billig
Schielke, O 34,
[illegible]

Erkältung
[illegible]

Asthma
[illegible]

!! Bettwäsche billig !!
[illegible]
Leihhaus Moritzpl. 58a

Meine Sprechstunde befindet sich von jetzt ab
Elsasserstraße 38 I
täglich 6—7½
Dr. Salomonski
Facharzt für Haut- und Geschlechtsleiden.

9. Distr. Bezirk 787

Am Sonntag, den 30. Oktober, verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Otto Pätzelt
Hennigsdorfer Str. 11
Ehre seinem Andenken
Der Vorstand.

Danksagung.
Allen Bekannten und Kollegen, die an der Einäscherung meines innigstgeliebten Mannes und guten Vaters
Paul Schäfer
teilgenommen haben, sage ich meinen herzlichsten Dank.
Ww. Anna Schäfer
und Sohn
Kopenhagener Str. 39

Gelegenheitskäufe.
Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Dreher
Hans Gericke
am 29. Oktober 1921, nachm. 7 Uhr.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 4. November, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Der Arbeiter
Bruno Sengebusch
am 29. Oktober 1921.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 4. November 1921, vormittags 9 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Bezirkssekretär gesucht!

Für die Bezirksorganisation der U.S.P.D. Groß-Thüringen (Vorort Erfurt) wird ein organisatorisch u. agitatorisch durchaus befähigter Parteigenosse als

Bezirkssekretär

gesucht. Reflek. wird auf eine selbständig arbeitende Kraft. Gehalt nach Uebereinkunft. Antritt möglichst sofort. — Bewerbungen sind bis zum 8. Nov. zu richten an Willy Scholz, Erfurt, Kleiner Anger 1

Botenfrauen sofort gesucht

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
für Tour: Neue Königstraße

Expedition Wengels
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße

Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Tour: Köpenicker- und Michaelkirchstraße

Expedition Reisewitz
Lichtenberg, Tasdorferstr. 25
Tour: Föderstraße

Obrigkeitsrecht oder Volksrecht?

Ein vernachläſſigtes Kapitel unſeres Bildungsweſens

Maſſe und Recht

Von Dr. **Theodor Geiger.**

Geſchäftsführer der Volkshochſchule Groß-Berlin.

Das Recht älteſter Zeiten iſt Volksrecht. Es entſteht aus den Sitten und Gebräuchen des Volks. Langgewohntes und Geübtes erſcheint endlich als notwendig und geboten. Wer davon abweicht, verſtößt gegen den Anſpruch der Volksgenoſſen, daß jetzt und künftig verfahren werde, wie immer verfahren wurde. Mit dem Wandel der äußeren Lebensverhältniſſe, mit der geiſtigen Entwicklung des Volks ändern ſich auch mählich ſeine Rechtsſatzungen aus der täglichen Uebung, aus dem Leben und Denken der Volksgenoſſen heraus.

So im Volksſtaat der Vorzeit. Der Obrigkeitsſtaat ſetzt Recht für ſeine Untertanen kraft der Macht, die er über ſie beſitzt. Das Rechtsleben wird mehr und mehr vom Volksbewußtſein unabhängig, wie eine unperſönliche, fremde Macht, die über allen thront. Als Deutſchland um die Wende von Mittelalter und Neuzeit von Reichs wegen ein ausländiſches, das römiſche, Recht bei ſich aufnahm, war jeder lebendige Zuſammenhang zwiſchen Volk und Recht verloren. Die Fortentwicklung dieſer fremden Rechtselemente und ihre Verſchmelzung mit dem heimiſchen Recht war ein Werk der Gelehrten- und Beamtenwelt. Auch an ihm hatte das Volk nur kargen Anteil. Die revolutionären Bewegungen der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts brachten wohl, ahnend, daß Recht nur im Zuſammenhang mit der Volksgeſamtheit gedeihen könne, die Beteiligung des Volks an der Rechtſprechung, die Beteiligung der Volksvertretungen an der Geſetzgebung. In Wahrheit blieb dem Laienrichter das Recht fremd, das anzuwenden er berufen war, und die Geſetzgebung erfolgte im weſentlichen immer durch die fachmänniſchen Kommiſſionen, über deren Vorſchläge die Volksvertretung beriet. Die Maſſen gewannen dadurch kein ernſthaftes und lebendiges Verhältnis zu dem Recht, unter dem ſie ſtanden.

Seit drei Jahren leben wir unter einer Verfaſſung, die von der Souveränität des Volkes ausgeht. So vieles an dem von der jungen Republik vorgefundenen Recht veraltet, rückſtändig und geſellſchaftsfeindlich iſt, ſo war es doch nicht möglich, das geſamte Rechtsſyſtem mit einem Schlag von Grund auf umzuſtürzen. Auch dieſes Recht eines Machtſtaates, von der Macht diktiert, iſt dennoch in den ganzen überkommenen Zuſtänden verankert, mit ihnen unlöslich verbunden. Aber wir haben die Aufgabe, an ſeiner Umwandlung zu arbeiten, es in unentwegtem Schaffen zu einem Volksrecht umzubauen, neuzugeſtalten.

In den breiten Maſſen iſt das Intereſſe an den Fragen der Reform unſeres Rechtsſyſtems überaus groß; aber es geht hier, wie auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens: der Wille iſt beſſer als die Fähigkeiten. Dilettantismus und Kannegießerei ohne ernſte Sachkenntnis machen ſich breit und erſchweren die Durchführung der großen Aufgabe, ſtatt ſie zu fördern.

Die Volkshochſchulen haben auch auf dieſem Gebiet eine große und wichtige Sendung zu erfüllen. Unſer Recht kann nur aus den Maſſen heraus neugeſtaltet werden, wenn die Maſſen ſich mit dem Recht und ſeinem inneren Weſen, ſeinem vergangenen Werden beſchäftigen und ſo den Blick dafür ſchärfen, wie geplante Veränderungen der Rechtsſätze und Rechtsideen wirken. In jedem Rechtsſyſtem bilden alle Vorſchriften und Satzungen ein lebendiges Ganze; keine einzige Rechtsgeſtaltung kann einzeln und aus dem Ganzen losgelöſt gedacht werden. Kein Rechtsgedanke iſt nur das Erzeugnis eines denkenden Hirns, er iſt als ſolcher vorbereitet und bedingt durch die ganze vorangegangene Rechtsentwicklung.

Wer ſich darum mit Reformfragen befaſſen und den Anſpruch ſtellen will, ernſt genommen zu werden, muß in das Rechtsleben und ſeinen Geiſt eingedrungen ſein, muß den langen, oft geheimnisvoll verſchlungenen Pfad der Rechtsentwicklung kennen. Die Volkshochſchule Groß-Berlin ſucht daher in geſellſchafts-rechtswiſſenſchaftlichen Lehrgängen den Maſſen die Möglichkeit hierzu zu geben. Sie will ihren Hörern zeigen, wie die Grundelemente des Rechts ſich aus der Sitte entwickelt haben, wie ſie deren Einfluß der Fortentwicklung des geſamten geſelligen Lebens ihre Inhalte und Formen geändert haben. In rechtsſoziologiſchen Betrachtungen macht ſie die Proletarier mit den ſteten Wechſelbeziehungen vertraut, welche zwiſchen dem Recht und den andern Erſcheinungsformen des geſelligen Lebens beſtehen. Auch die Rechtsphiloſophie, die zu zeigen hat, wie die Grundelemente des Rechts aus der reinen Vernunft abgeleitet werden können, wie aus der Ethik das Gebäude des ſittlich idealen Rechts ſich entwickelt, jenes Ideals, das als höchſte Forderung aller Rechtsgeſtaltung vorzuſchweben hat, damit es in der Wirklichkeit möglichſt vollkommen erfüllt werde, trachten wir unſern Hörern nahezubringen.

Ziel unſeres Strebens iſt der Volksſtaat der arbeitenden Maſſen. Dem Proletariat fällt die Aufgabe zu, die bürgerliche Kultur und Ziviliſation durch eine Kultur und Ziviliſation der wahrhaft produktiven Geſellſchaft zu erſetzen. Die Aufgabe, gewaltig an ſich, wird noch ſchwieriger durch die zähen Widerſtände der alten, bürgerlichen Geſellſchaft. Das Recht iſt die ſtärkſte Ausdrucksform des Gemeinſchaftslebens; ihm vor allem neben der Wirtſchaftsverfaſſung haben wir unſere Kräfte zu widmen, um ihm die unſeren Idealen entſprechende Form zu verleihen. Jeder Proletarier iſt berufen, an dieſem Werk mitzuſchaffen — nicht als halbwiſſender Dilettant, ſondern ausgerüſtet mit allen den Erkenntniſſen, die ihn befähigen, das Gemeinweſen der Arbeit ernſthaft zu fördern.

Magiſtrat und Wohnungselend

Unerhörte Mißſtände in Adlershof und Johannisthal

Vom Mieterblock der Siedlungen im 15. Bezirk wird uns geſchrieben:

Als vor einiger Zeit durch die ganze Berliner Preſſe der Notſchrei der Bewohner des Flüchtlingslagers Adlershof und der Holzhausſiedlungen Adlershof und Johannisthal über die dortigen ſkandalöſen Wohnungsverhältniſſe ging, hoffte man, bei dem Magiſtrat der Stadt Berlin genügendes Verſtändnis und Entgegenkommen zu finden. Leider hat ſich dieſe Hoffnung der Mieter als vollkommen trügeriſch erwieſen.

Der Mieterausſchuß der betr. Lager und Siedlungen ſetzte ſich ſeinerzeit ſofort mit dem neu ins Leben gerufenen Bezirksamt 15 (Treptow) in Verbindung und überreichte ihm die vom ehemaligen Wohnungsverband Groß-Berlin reſp. Siedlungsamt abgelehnten Forderungen betreffs Abſtellung der Mängel und Ausführung der dringendſten Reparaturen, mit der Bitte um ſchnellſte Erledigung. Bei den darauf folgenden Verhandlungen des Mieterausſchuſſes mit dem Bezirksamt 15 ſtellte es ſich heraus, daß die vorhandenen Gelder (100 000 M.) bei weitem nicht ausreichten, all die Mängel zu beſeitigen. Den größten Teil des Geldes verſchlang allein ſchon das Entwanzungs-Verfahren. Das Bezirksamt 15, welches die Forderungen der Mieter als vollkommen gerecht anerkannte, wandte ſich nun mit einem Dringlichkeitsantrag an den Magiſtrat der Stadt Berlin um Bewilligung von 540 000 M. zwecks Ausführung der dringendſten Reparaturen. Trotz alledem hat der Magiſtrat dieſe Summe nicht bewilligt, ja ſich ſchließlich um die ganze Angelegenheit überhaupt nicht mehr gekümmert. Kommiſſionen und Kommiſſiönchen weilten täglich in den Lagern und überzeugten ſich von den wahrhaft ſkandalöſen Zuſtänden; ſie verſprachen auch ſtets Abhilfe. 14 Wochen ſind aber bereits ſeit dieſer Zeit ins Land gegangen, ohne daß der Magiſtrat in dieſer Sache etwas unternommen hat.

Machen wir einen Rundgang durch die Baracken in Adlershof! Der Winter ſteht unmittelbar vor der Tür und ſelbſt die dringendſten und notwendigſten Arbeiten, als da ſind Verſchmieren der teilweiſe vollſtändig durchgebrannten Oefen und Kochmaſchinen, ſind noch nicht einmal in Angriff genommen. Bei der jetzt eintretenden Regenperiode ſteht das Waſſer in einigen Korridoren, läuft in den Wohnungen die Wände herunter und bringt durch Unterſpülung der Dielen die Wohnſtätten erſt vollends ihrem Verfall entgegen. Der Wind pfeift durch Fugen und Ritzen; an ein Erwärmen der Räume iſt überhaupt nicht zu denken. In derſelben ſkandalöſen Verfaſſung befinden ſich die Abortanlagen und Sickergruben, ſo daß z. B. in der Baracke 175 das übelriechende Schmutzwaſſer des öfteren am Tage in großem Strahle aus den Ausgüſſen ſich in die Küchen ergießt, und dies alles trotz Beſichtigung durch Beauftragte des Haupt-Geſundheitsamtes (Prof. Dr. Seligmann), welche ſofortige Abhilfe zuſagten. Genau dieſelben Zuſtände herrſchen in den erſt vor kurzem erbauten Holzhauskolonien, ſo daß man nur die horrenden Summen bedauern muß, die dafür zum Fenſter hinausgeworfen wurden.

Alle dieſe Mißſtände wären unſeres Erachtens nach längſtens beſeitigt, wenn der Magiſtrat dem Bezirksamt 15 die durch Dringlichkeitsantrag geforderten Mittel zur Verfügung geſtellt hätte. Die Bewohner der genannten Siedlungen hegen die feſte Hoffnung, daß die neue Stadtverordnetenverſammlung ſich ihrer Sache erinnert und ſchleunigſt die Mittel bewilligt, damit die Arbeiten noch vor Ausbruch des Winters ausgeführt werden können. Andernfalls wird den Mietern kaum etwas anderes übrig bleiben, als zur Selbſthilfe zu ſchreiten. Mit einigem guten Willen hätte längſt den hier geſchilderten Mißſtänden abgeholfen werden können.

Das Schiffsunglück auf dem Wannſee

Die verhafteten Schiffsführer auf freien Fuß geſetzt

Trotz des ſtürmiſchen Wetters und des bewegten Wellenganges, der geſtern auf dem Wannſee herrſchte, iſt der mit den Bergungsarbeiten betraute Taucher zweimal in die Tiefe gegangen. Er hat das erſte Mal eine halbe Stunde unter Waſſer zugebracht. Nach genaueſten Feſtſtellungen konnte er berichten, daß ſich in dem Wrack der „Storkow“ keine Leichen mehr befinden. Er förderte lediglich ſechs Regenſchirme und einen Herrenpaletot an die Oberfläche. Es müſſen demnach doch mehr Perſonen, wie urſprünglich angenommen wurde, die Kajüte verlaſſen haben, um freilich auch dann im Wannſee ihr Grab zu finden. Das Wrack der „Storkow“ konnte noch nicht geborgen werden, weil das Schiff, auf dem die Hebewerkzeuge untergebracht ſind, infolge des ſtürmiſchen Wetters dauernd hin- und herſchwankte.

Die beiden Führer des Dampfers „Kaiſer Wilhelm“, der Kapitän Goldmann und der Steuermann Riechelmann, ſind **aus der Haft** entlaſſen worden, da ein Fluchtverdacht nicht vorliegt. Hiermit iſt freilich noch nicht erwieſen, daß die beiden an der Schiffskataſtrophe ſchuldlos ſind. Die Unterſuchung, die von der Staatsanwaltſchaft geführt wird, geht weiter.

Man kann nicht behaupten, daß ſie durch die Enthaftung der beiden Schiffsführer gefährdet wird, im Gegenteil beſteht die Gefahr, daß der Tatbeſtand durch dieſe Maßnahme verdunkelt wird.

Keine Autohallen am Leipziger Platz

Die Nachrichten über eine angebliche Hergabe der Raſenfläche des Leipziger Platzes für die Errichtung von Autohallen ſind unzutreffend. Der Magiſtrat hat das Angebot eines ſolchen Unternehmens zwar beraten, jedoch abgewieſen. Wie weit grundſätzlich die Hergabe von Raum auf öffentlichen Plätzen für irgendwelche [illegible] Zwecke erfolgen könnte, wird der Magiſtrat erſt zu entſcheiden haben, wenn beſtimmte Angebote in dieſer Richtung ſich ergeben. Schon heute aber ſteht der Magiſtrat auf dem Standpunkt, daß eine Verunſtaltung des Straßenbildes durch derartige Anlagen unter keinen Umſtänden eintreten darf. Das bezieht ſich ſelbſtverſtändlich auch auf die Schinkelſchen Torbauten am Eingang der Leipziger Straße.

Die „Freie Welt“, die der heutigen Nummer der „Freiheit“ beiliegen ſollte, wird in der Freitag-Morgenausgabe nachgetragen werden

Das Verſicherungsamt der Stadt Berlin gibt bekannt: Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsverſicherungsordnung wird der Ortslohn — ortsüblicher Tagesentgelt gewöhnlicher Tagesarbeiter — für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin (Geſetz vom 27. April 1920, Preußiſche Geſetzſammlung, Seite 128), wie folgt feſtgeſetzt: für männliche Perſonen über 21 Jahre 26 M., von 16—21 Jahren 18 M., von 14—16 Jahren 11 M., für weibliche Perſonen über 21 Jahre 18 M., von 16—21 Jahren 13 M., von

---

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Ueberſetzt von Rudolf Fürth.

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(8. Fortſetzung)

Réal freute ſich heimlich über die Verblüffung der Herren, denen dieſer Text ſo gar nicht zu den Ideen paßte, die gewohnheitsmäßig ihr Hirn kreuzten. Dann fuhr er fort:

„Wir waren eine fruchtbare Nation und ſind eine unfruchtbare geworden, weil wir einſt ein natürliches Volk geweſen und ſeither ein ſchamhaftes Volk geworden ſind. Wie ſollen denn die Menſchen zeugungsfähig bleiben, wenn man ſie zwingt, wollüſtigen Vorſtellungen zu entſagen? Sie wollen, daß geliebt wird, und Sie möchten es durchſetzen, daß nicht an Liebe gedacht wird. Eine Woge von Sittſamkeit durchſpült die Zeitungen. Kaum, daß heutzutage noch ein Kuß geſtattet iſt. Nur noch Verbrecherromane oder Abenteurergeſchichten auf wiſſenſchaftlicher Grundlage ſind beliebt. Wenn auf einem Plakat eine Frau mit unbedecktem Buſen zu ſehen iſt, zeigen dies entrüſtete Moraliſten ſofort als Aufreizung zur Wolluſt an. Will man aber logiſch ſein, ſo kann von zwei Annahmen nur eine gelten. Entweder haben freche Darſtellungen mit Liebe nichts zu tun, dann können ſie niemand beleidigen. Oder ſie haben mit Liebe zu tun, dann kann die Geburtenzahl ſolcherweiſe vermehrt werden.“

Die Zuhörer begannen nun doch zu begreifen, daß Réal ſcherzte. Ihre Augenbrauen, die ſich zu Bogen geſpitzt hatten, gewannen allgemach wieder die Horizontale. Réal ſchloß lebhaft:

„Der Miniſter des Innern ſollte eine Abteilung gründen, die einzig dazu beſtimmt iſt, unzüchtige Bücher zu verbreiten, um in den Gemütern der Eheleute den natürlichen Trieb zu angenehmem Zeitvertreib wieder aufzumuntern. Außerdem glaube ich, daß das Miniſterium des Aeußern gut tun würde, eine andere Abteilung zu gründen, zur Verbreitung malthuſianiſcher Flugſchriften bei jenen Völkern, die uns gefährlich ſcheinen. Der Wettlauf um die Geburtenzahl iſt ebenſo verderblich, wie der Wettlauf um die Rüſtung. Warum lehren wir nicht die preußiſchen Frauen Zerſtreuungen ohne weitere Folgen, Vergnügungen, die ihnen feenhaft vorkommen werden, weil ſie aus Paris ſtammen? Und ich bin feſt überzeugt, daß es nicht ſchwer ſein wird, zur Leitung dieſes malthuſianiſchen Außendienſtes bei uns vortrefflich geeignete Mitbürger zu finden, die keine Kinder haben und daher weniger tauglich ſind, uns die Wiederbevölkerung zu predigen. Hätte man nicht auf ſolche Art ein gutes Mittel, die patriotiſchen Lehren mit den häuslichen Umſtänden von Veteranen, wie Poincaré, Viviani, Pichon, Briand, Capus, Chéron, Guſtav Hervé, Hanotaux, in Einklang zu bringen?“

„Verpfixter Kerl, willſt du wohl!“ kicherte Maxime Duport und verſetzte ſeinem alten Schulkameraden einen freundſchaftlichen Puff in den Rücken.

Montignac, der ſich als Toulouſer auf Späße verſtand, teilte ſeine Luſtigkeit. Aber die anderen Gäſte waren unangenehm berührt. Dieſe Ausführungen ſchienen ihnen unpaſſend. Sie waren unruhig, unzufrieden, erregt, wie Hühner, die den Marder im Hühnerhof ahnen.

Das Erſcheinen von Dienern, die auf ſilbernen Platten Gläſer von Orangeade reichten, unterbrach dieſes ungewiſſe Mißbehagen. Es war überdies an der Zeit, ſich zu empfehlen. Die Männer holten ihre Damen, die inzwiſchen im Salon bei nichtsſagenden Geſprächen die Stunde des Aufbruchs abgewartet hatten.

Im Taxameter, der ſie nach Hauſe brachte, fragte Frau Réal, gereizt durch das Schweigen ihres Mannes, ziemlich ſchroff:

„Nun? Biſt du mit dir zufrieden?“

Er ſah ſie an, überraſcht durch den etwas angriffsluſtigen Ton:

„Weder zufrieden noch unzufrieden. Warum?“

„Weil es dir ſcheinbar Vergnügen gemacht hat, in Gegenwart des Herrn Capin eine Ungeſchicklichkeit auf die andere zu häufen. Dieſe Geſchichte mit dem Haushofmeiſter dieſer Angriff auf den Marſchall Joffre, dieſe lächerliche Theorie .. man hat dich bis in den Salon gehört. Glaubſt du, auf dieſe Art ſeine Stimme zu bekommen?“

Er erwiderte nachdenklich:

„Ja, ich weiß, man nennt das Dummheiten.“

„Ich habe ſie dir nicht in den Mund gelegt …“

„Ach, ſei ſtill, ich ſehe alles ein und ſogar mit einiger Genugtuung. Was willſt du, all dieſe Biedermänner haben mich angeödet. Es geht ihnen zu gut. Sie ſind zu aufgeblaſen. Darum war es mir Bedürfnis, ihnen einige brennende Pfeile ins Fleiſch zu jagen …“

„Du biſt wohl neidiſch?“

„Ach Gott, ganz und gar nicht!“

Nach einer Pauſe begann Frau Réal aufs neue:

„Haſt du das neue Schmuckſtück von Frau Malapied geſehen? Sie hat es vorhin im Salon angelegt. Ich habe es in der Hand gehalten. Dieſes Gewicht: Vierzehn ungeheure Diamanten!“

Réal unterbrach ſie:

„Weißt du, wieviel Fliegerbomben auf und um den Unterſtand des Sanitätspoſtens fielen, wo ich die erſte Nacht verbrachte, als wir zur Champagneſchlacht vorrückten?“

„Nein, wieviele?“

„Vierzehn. Wir haben am anderen Tag die Einſchläge gezählt.“

„Warum erzählſt du mir das?“

„Nur ſo eine zufällige Uebereinſtimmung.“

5

Lebende Leichen.

Grenelle. Eine lange Straße. Sowie man aus dem Untergrundbahnhof tritt, atmet man ländlich friſche Luft. Niedrige, beſcheidene Häuschen. Läden mit kümmerlichen Waren. Plötzlich ein Gitter, ein Hof und im Hintergrund ein großes Gebäude.

Das iſt das proviſoriſche Lazarett, wo Doktor Sauvargue ſeine Verſtümmelten zu heilen ſucht.

Réal tritt ein, kreuzt einen verlaſſenen Vorplatz, über den piepſende Sperlinge hüpfen. Seine Kehle iſt ihm ein wenig zugeſchnürt.

Wenn man auf der Straße einen im Geſicht Verwundeten trifft, hütet man ſich, eine Narben anzuſehen; man fürchtet, ihn durch unanſtändige Neugier zu verletzen. Aber hier iſt es Pflicht, zu beobachten. Welche fürchterliche Wunden würde er zu ſehen bekommen?

Doktor Sauvargue, im langen weißen Kittel, die Kappe mit dem granatfarbigen Bande auf dem Haupt, macht ſich bereit, ſeine Kranken zu empfangen. Er begrüßt Réal mit unterwürfiger Herzlichkeit, geſchmeichelt durch den Beſuch des berühmten Mannes.

„Nehmen Sie Platz, verehrter Freund! Ich bin gerade im Begriff anzufangen. O, behalten Sie Ihren Hut auf, ich bitte Sie, es iſt ein friſcher Morgen, und die Verwaltung heizt kaum. Sie werden wieder einmal der Viſite beiwohnen, und das wird Sie an unſere Kriegsjahre erinnern. Wir beginnen mit unſerem Aelteſten, dem Väterchen Matou …“

(Fortſetzung folgt.)

14—16 Jahren 10 M. Dieſe durch das Oberverſicherungsamt Berlin erfolgte Feſtſetzung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft.

Regelung des Unterſtützungsweſens

Der Magiſtrat hat geſtern die Grundſätze für das allgemeine Unterſtützungsweſen gemäß §§ 22 und 25 des Geſetzes vom 27. April 1920 angenommen. Danach liegt den Bezirks-, Wohlfahrts- und Jugendämtern die Ausübung der öffentlichen Armenpflege und die Vertretung des Orts- und Landarmenverbandes Berlin nach außen hinſichtlich der im § 7 der Satzungen der Wohlfahrtsdeputation, bezeichneten Armenpflegefälle ob. Die Ausübung des Unterſtützungsweſens erfolgt bis auf weiteres nach den in den einzelnen Bezirken bisher geltenden Beſtimmungen. Die Geſchäfte des Unterſtützungsausſchuſſes führt das Wohlfahrtsamt. Die Abgrenzung der Geſchäfte des Wohlfahrtsamtes und der Bezirks-, Wohlfahrts- und Jugendämter regeln beſondere Beſtimmungen. Insbeſondere übernehmen die Bezirks-, Wohlfahrts- und Jugendämter den Verkehr mit den Wohlfahrtskommiſſionen und die Angelegenheiten der Armenärzte. Bei Streitigkeiten einzelner Bezirke in Zuſtändigkeitsfragen entſcheidet der Magiſtrat.

Teuerung und Preisprüfungsſtellen

Auf Einladung der Preisprüfungsſtelle Berlin hielt Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Falck geſtern im Rathauſe einen Vortrag über die Aufgaben der Preisprüfungsſtellen nach Abbau der Zwangswirtſchaft, in deſſen Verlaufe er u. a. die folgenden Ausführungen machte:

Die am 8. Mai 1918 ergangene Verordnung gegen Preistreiberei iſt Gegenſtand heftiger Angriffe geweſen. Auch ihre Aufhebung iſt immer wieder verlangt worden. Die Reichsregierung hat mit Recht ſich dagegen verwahrt. Die Verhältniſſe ſind noch zu unſicher, um die Preisbildung wieder ſich ſelbſt zu überlaſſen. Das Transportproblem, die ſtockende Rohſtoffzufuhr und Produktionseinſtellung machen ſich noch fühlbar, ſo daß **ohne Preisſchutz eine Ausbeutung der verbrauchenden Bevölkerung ſich einſtellen würde.** Der Zuſammenſchluß von Erzeugern und Händlern hat dieſen ferner eine gewiſſe Macht verliehen, auf die der Staat ſein Auge richten müßte. Hinzu kommt die öffentliche Beunruhigung, die entſtanden iſt durch die neue Teuerungswelle und das Sinken des Geldpreiſes. Der Schutzwall der Preisprüfung darf vorläufig nicht fallen. Die Preisprüfungsſtellen ſollen keine Strafvollſtreckungsbehörden ſein, und nicht ſtatt der Polizei die Ermittlungen betreiben. Die Polizei iſt an ſich in der Lage, dies beſſer zu tun, als die Preisprüfungsſtellen. Dagegen ſollen dieſe Geſtehungskoſten und Abſatzverhältniſſe verfolgen und mit den Vertretungen von Handel und Gewerbe zuſammenarbeiten. Die Verbindung mit dem Statiſtiſchen Amt wird ſich beſonders bewähren in der Beobachtung der Markt-, Waren- und Abſatzverhältniſſe. Hierneben aber iſt Sache der Preisprüfungsſtelle, eine laufende Aufklärung der Bevölkerung über die Urſachen der Teuerung. Beſonderer Wert iſt zu legen auf die örtlichen wirtſchaftlichen Polizeiberichte, die periodiſch über beſchlagnahmte Waren, über Geldwert und über ordnungsmäßige Verwendung Auskunft geben, über beſonders kraſſe Wucherfälle, wobei vor der öffentlichen Preisgabe des Namens der Schuldigen nicht zurückzuſchrecken iſt. Beſonderer Wert iſt zu legen auf die gutachtliche Unterſtützung der Staatsanwaltſchaften und Gerichte, nachdem bei den Gerichten eine zeitlang der Begriff des täglichen Bedarfes ſehr eng ausgelegt worden iſt. Hat doch das Reichsgericht ſogar im Jahre 1917 Möbel nicht als Gegenſtand des täglichen Bedarfes angeſehen.

Der Vortragende ging dann auf die Frage der Preisprüfung ein und erörterte den Begriff der ſogenannten Geſtehungskoſten. Der ſetze ſich zuſammen aus den Merkmalen des ſogenannten Einſtandspreiſes für Rohſtoffe, Erzeugung, Herſtellung, Lagerung, Betriebe, Betriebskoſtenanteil, Anlagezinſen und Riſikoprämie, wozu noch bei Ein- und Ausfuhrwaren die Valutaberechnung tritt. Hierzu erſt kommt der Unternehmerlohn. Der Reingewinn iſt zu berechnen aus dem Unterſchied zwiſchen Verkaufspreis und Geſtehungskoſten. Niemand darf mehr als einen angemeſſenen Zuſchlag zu dem Preiſe fordern, der ſich durch Erzeugung, Verarbeitung und Geſtehungskoſten bilden läßt. Die Berufung auf die Marktlage muß immer die Preisbildung verwirren, wo eine Notmarktlage vorhanden iſt. Selbſt das wahrlich nicht handelsfeindliche Rheiniſch-Weſtfäliſche Kohlenſyndikat hat ja ſogar ſeinerzeit ſeine Abnehmer zu einer beſtimmten Preishaltung verpflichtet. Selbſtverſtändlich greifen auch die ſtürmiſchen Kämpfe um die Preisbildung auf dem Weltmarkt und die unruhige Bewegung des Geldwertes ſtark in den Prozeß der Preisbildung ein. Um ſo mehr aber iſt an dem Grundſatz feſtzuhalten, die Geſtehungskoſten zum Maßſtabe der Preisbildung zu machen. Alle Schichten der Bevölkerung müſſen mitarbeiten, wenn die Geſundung der Preiſe ſich vollenden ſoll.

Wir ſtimmen den vorſtehenden Ausführungen, die ſich ſo ziemlich mit den von unſeren Genoſſen im Stadtparlament wiederholt vorgetragenen Argumenten decken, im großen ganzen zu. Es genügt aber nicht, daß es Preisprüfungsſtellen gibt, ſondern ſie müſſen auch funktionieren. Gewiß iſt es ſchwer, die verwickelten Vorgänge des Marktes zu überſehen und in jedem Einzelfall die Grenze zu erkennen, wo der „angemeſſene Zuſchlag“ in unangemeſſenem Wucher umſchlägt. Aber dieſe Grenze beſteht und muß unter allen Umſtänden reſpektiert werden. Die Preisprüfungsſtellen müßten es ſich zur Regel machen, mit aller Energie hierfür zu ſorgen, um die Bevölkerung zu ſchützen, die ſchon unter den „angemeſſenen“ Zuſchlägen der Händler und Erzeuger ſchwer genug zu leiden hat. Die öffentliche Anprangerung der ärgſten Schädlinge mag ein nützliches Mittel ſein. Leider iſt es trotz aller Anregungen ſeitens unſerer Fraktion, wenn überhaupt, ſo nur in ganz geringem Umfang bisher zur Anwendung gelangt. Daß wir im übrigen auch die angeblich angemeſſenen Gewinne der kapitaliſtiſchen Unternehmer als wucheriſche Bereicherung an der Not des Volkes betrachten, bedarf keines Wortes.

15fache Taxe für Benzindroſchken

Das Nachrichtenamt des Magiſtrats teilt mit: In der heutigen Magiſtratsſitzung wurde dem Vorſchlage des Polizeipräſidiums auf Erhöhung der Taxe 3 der Benzinkraftdroſchken auf das 15fache des Friedenspreiſes — vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs — zugeſtimmt. Dem Antrage auf gleichzeitige Erhöhung der Fahrpreiſe bei den Elektrodroſchken wurde jedoch nicht beigetreten. Bei dieſen bleibt es alſo vorläufig bei der 10fachen Friedenstaxe.

Aus den Brotkommiſſionen. Die 89. Brotkommiſſion, Heinersdorfer Straße 18, wird am 25. November aufgelöſt. Die Verſorgung der Einwohner mit Lebensmittelkarten der Stadtbezirke 193a und 194b übernimmt die 86. Brotkommiſſion, Chriſtburger Straße 14, die der Stadtbezirke 194a und 194c, die 103. Brotkommiſſion, Prenzlauer Allee 227/28. — Die 213. Brotkommiſſion, Demminer Str. 27, wird am 25. November nach Graunſtraße 1 verlegt und dort mit der 122. Brotkommiſſion vereinigt. — Die 102. Brotkommiſſion, Ruppiner Str. 48, wird am 25. November d. J. nach Strelitzer Straße 41-43 verlegt und dort mit der 124. Brotkommiſſion vereinigt.

Reichsgebäude für Wohnungszwecke. Der Reichsſchatzminiſter hat angeordnet, daß die ſeit einiger Zeit unterbrochenen Verhandlungen über die Nutzbarmachung von entbehrlichen Räumen in Reichsgebäuden wieder aufgenommen werden. Die Vorarbeiten ſollen ſofort in die Wege geleitet werden, damit man die nötigen Umbauten im Falle der Bewilligung der Mittel unverzüglich ausführen und dann gleich auch die Wohnungsbauten durchführen kann. Vorausſetzung ſoll in jedem Falle ſein, daß die Maßnahme wirtſchaftlich iſt. Wenn im Einzelfalle mehr als 30 000 M. nötig ſind, ſo hat ſich der Reichsſchatzminiſter die Entſcheidung vorbehalten. Dieſe Anordnung erſtreckt ſich nicht nur auf die Reichsſchatzverwaltung, ſondern auch auf andere Zweige der Reichsverwaltung. Es ſollen ſämtliche geeigneten und entbehrlichen Räume erfaßt und für den Wohnungseinbau vorgeſehen werden.

Die Muckerei hört nicht auf

Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften hatte geſtern die Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schriftſteller Hardy Worm, den Schriftſteller Max Hermann-Neiße, den Kunſtmaler Ludwig Wronker und den Buchhändler Alfred Krautwurſt zu verhandeln. Zur Anklage ſtand ein von dem Angeklagten Worm herausgegebenes Buch „Das Bordell“. Als unzüchtig ſah die Staatsanwaltſchaft das von dem Angeklagten Wronkow gezeichnete Titelbild und ferner die Gedichte „Nocturno“ von Max Hermann-Neiße, „Sonnabend“, „Sommernacht“, „Bordell auf Montmartre“, „Frauen“ u. a. an. Die Angeklagten beſtritten den unzüchtigen Charakter der Schrift. Von den Rechtsanwälten Dr. Richter und Dr. Klee, letzterer für Hermann-Neiße als Syndikus des „Schutzverbandes deutſcher Schriftſteller“, waren als Sachverſtändige der bisherige Direktor dieſes Verbandes, Hans Kyſer, und der Schriftſteller von Oſſitzki geladen. Letzterer vertrat die Anſicht, daß die Schrift vom Standpunkt des Dadaismus zu betrachten und nicht als unzüchtig anzuſehen ſei. Hans Kyſer, der hauptſächlich für den Angeklagten Hermann-Neiße geladen war, bekundete, daß das inkriminierte Gedicht „Nocturno“ ſchon im Jahre 1912 bei Alfred Kerr im „Pan“ unbeanſtandet erſchienen ſei und keinesfalls als unzüchtig anzuſehen ſei. Das Gericht ſchloß ſich auch dieſem Gutachten an und erkannte gegen Hermann-Neiße auf Freiſprechung. Dagegen bezeichnete es das Titelbild und die übrigen Gedichte für unzüchtig und erkannte gegen Worm auf 200 Mark, gegen Wronkow auf 50 Mark und gegen Krautwurſt auf 20 Mark Geldſtrafe ſowie Einziehung des Buches.

Spielklub-Razzien

Dem Leiter der Streifmannſchaften der Berliner Kriminalpolizei waren in jüngſter Zeit zahlreiche Briefe zugegangen, in denen Ehefrauen darüber Klage führten, daß ihre Männer in geheimen, von ihnen namhaft gemachten Spielklus ihre Wochen- und Monatslöhne verlören und ſie und ihre Familien dadurch dem Elend preisgegeben wären. Dieſe Briefe hatten zur Folge, daß während der letzten Nacht erfolgreiche Razzien auf Spielklubs durchgeführt wurden. Bei ihren Beſuchen in Spielerſchlupfwinkeln in der Gollnowſtraße 44 und in der Gontardſtraße 3 gelang es den Beamten, eine Anzahl Glücksſpieler während ihrer „Arbeit“ zu faſſen, den beſten Fang aber machten die Kommiſſare, die auf ungemein geſchickte Art in die Wohnung des Kaufmanns F. in der Neuen Königſtraße 38 einzudringen verſtanden. Dort waren ungefähr vierzig Männer eifrig damit beſchäftigt, ihr Glück zu erproben, als ſie plötzlich von den Beamten überrumpelt wurden. Unter den Gäſten, die ſich den Piſtolen der Beamten gegenüberſahen, befanden ſich mehrere Ausländer, die auf Grund der neuen geſetzlichen Beſtimmungen dem Ausländerlager in Ruhleben zugeführt werden, um dort ihre Ausweiſung aus Deutſchland zu erwarten.

Auch das Waſſer. . . . Auf Grund des Gemeindebeſchluſſes vom 13. Oktober hat der Magiſtrat den Preis für 1 Kubikmeter aus dem Waſſerrohrnetz abgegebenen Waſſers, beginnend mit der für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1921 auszuſtellenden Rechnung, auf 4 Mark feſtgeſetzt. Die neben dem Waſſerpreis bisher erhobenen Gebühren bleiben bis zur Einführung einheitlicher Waſſerlieferungsbedingungen beſtehen.

Folgenſchwerer Gerüſteinſturz. In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr ſtürzte während der Renovierungsarbeiten in dem Lokal von Max Koſter, Dorotheenſtraße 76, aus noch nicht aufgeklärter Urſache das dort errichtete Stehleitergerüſt zuſammen. Die auf demſelben befindlichen Maler, der 21jährige Karl Rügener, der 32jährige Alfred Hillert und der 22 Jahre alte Erich Rehfeld, ſämtlich aus Charlottenburg, fielen aus beträchtlicher Höhe herab, wobei die erſteren beiden ſchwere innere Verletzungen erlitten, während Rehfeld mit leichteren Kontuſionen davonkam. Rügener und Hillert mußten nach der Univerſitätsklinik gebracht werden, Rehfeld konnte ſich nach Anlegung von Verbänden nach Hauſe begeben.

Raubüberfall im Tiergarten. Der 57 Jahre alte Telegrapheninſpektor Franz G. wurde in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr im Tiergarten, in der Nähe der Löwenbrücke, von etwa ſieben Männern überfallen und ſeiner Börſe mit zirka 100 M. Inhalt beraubt. Dann durchwühlten ſie ſeine Taſchen und nahmen ihm ſämtliche Schmuckſachen weg. Als er ſich kaum von ſeinem Schreck erholt hatte, kehrte einer der Täter, dem die Beute noch zu gering geweſen ſein mochte, zurück und unterzog die Taſchen des G. einer nochmaligen gründlichen Reviſion. Das war aber ſein Unglück; denn in dieſem Augenblick erſchien eine Streife der Schutzpolizei, die den Räuber feſtnahm.

Der Proletariſche Geſundheitsdienſt eröffnet zwei weitere Kurſe zwecks Ausbildung der erſten Hilfe bei Unglücksfällen. Das Kurſusgeld beträgt 10 Mark. Der Kurſus endet mit einer Prüfung. Der Beſuch des erſten Abends iſt frei. Kurſusbeginn: 1. Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr, Weißenſee, Wölk-Promenade, Realgymnaſium. 2. Freitag, den 4. November, abends 7 Uhr, Tempelhof, Ullrich-Platz, Ullrich-Schule. Kurſusabend jeden Freitag.

Arbeiterſport

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“. Wanderungen am 6. November. Bernau, Liepnitzſee. Abfahrt 6,40 Uhr vorm. Stettiner Vorortbahnhof oder 6,30 Uhr Bahnhof Neukölln. — Treffahrt mit Frankfurt: Jakobsdorf, Biegener Hellen. Abfahrt 5,37 Uhr vorm. Schleſ. Fernbahnhof. — Treffahrt mit Frankfurt: Pillgram, Biegener Hellen. Abfahrt 6 Uhr vorm. Bahnhof Weißenſee. — Bernau, Plötzenſee. Abfahrt 6,01 Uhr vorm. Bahnhof Weißenſee. — Schmöckwitz, Goſener Berge, Cöpenick. Tr. 7 Uhr Bahnhof Geſundbrunnen. — Erkner, Stahlberge, Königswuſterhauſen. Abfahrt 7,08 Uhr vorm. Lehrter Bahnhof. — Potsdam, Lienewitzſee. Abfahrt 6,30 Uhr vorm. Potsdamer Fernbahnhof. — Groß-Beſten, Duberow. Abfahrt 6 Uhr vorm. Bahnhof Stralau-Rummelsburg. — Herbſtwanderung durch den Krämer. Tr. 5,40 Uhr vorm. Bahnhof Treptow. — Birkenwerder, Summtſee, Buch. Tr. 6 Uhr vorm. Bahnhof Geſundbrunnen. — Durch das ſüdliche Teltow. Tr. 7 Uhr vorm. Bahnhof Steglitz. — Stadtwanderung Brandenburg. Tr. 5,45 Uhr vorm. Bahnhof Charlottenhof. — Kinderwanderungen. Friedrichshagen, Heidemühle, Hirſchgarten. Tr. 7 Uhr vorm. Küſtriner Platz. — Hennigsdorf, Papenberg. Tr. 7,30 Uhr vorm. Nettelbeckplatz oder 8 Uhr Bahnhof Geſundbrunnen. — Nach Saatwinkel. Tr. 6,30 Uhr vorm. Bahnhof Beuſſelſtraße. — Hoppegarten, Alt-Landsberg. Tr. 7 Uhr vorm. Bahnhof Neukölln. — Muſeum für Naturkunde. Tr. 9,15 Uhr vorm. Bahnhof Charlottenburg.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Berlin. Touren für Sonntag, den 6. November. **1. Abteilung.** Unterhaltungsabend im Abteilungslokal, Müllerſtr. 114. — **3. Abteilung.** Waldmannsluſt (Schweizerhaus); Start 12½ Uhr Lauſitzer Platz. Bei ſchlechtem Wetter per Bahn mit 25 bis zu Ende. — **4. Abteilung.** Ahlershof (Feuerſtein); Start 1 Uhr Memeler Park. — **5. Abteilung.** Waldmannsluſt (Schweizerhaus); Start 1 Uhr [illegible]. — **6. Abteilung.** Schönwalde (Klöpfer); Start 1 Uhr Kopenhagener Str. 26. — **7. Abteilung.** Bergfelde, Kartoffel- und Heringstour; Start 1 Uhr Koloniestr. 147. — **8. Abteilung.** Hermsdorf (früher Löffler); Start 1 Uhr Waldſtr. 8. — **10. Abteilung.** Zehlendorf (Mink); Start 1 Uhr Comeniusplatz. — **Ortsgruppe Pankow.** Start 12 Uhr Floraſtr. 24. Tour wird am Start bekanntgegeben. — **Ortsgruppe Lichtenberg.** Kartoffel- und Heringstour nach [illegible] bei Schneider; Start 1 Uhr mittags Traneplatz. — **Ortsgruppe Weißenſee.** Agitationstour nach Malchow; Start 1 Uhr Berliner Allee 251. — **Ortsgruppe Neukölln.** Groß-Ziethen, Bockwurſteſſen; Start 1 Uhr Richardplatz.

Stiftungsfeſt der Freien Turnerſch. Biesdorf. Am 29. Oktober feierte die Fr. Turnerſch. Biesdorf ihr 2. Stiftungsfeſt in den Schillerſälen, Biesdorf. Auch von außerhalb waren Turnſchweſtern und Turngenoſſen erſchienen, ſo von Müncheberg, Kaulsdorf, Mahlsdorf und Lichtenberg-Friedrichsfelde. Unſer kleiner und junger Verein hielt das, was er verſprach. Beſonderen Beifall ernteten die Kellerpyramiden mit [illegible]. Von den anderen turneriſchen Aufführungen ſeien noch das [illegible], die Stabübungen und vor allem die Normalgruppe genannt. Auch der hieſige Arbeiter-Geſangverein „Die Sangesfreunde“ trug ſeinen Teil zur Vervollſtändigung des Programms bei. Ein gut gelungener Abend. In Biesdorf arbeitet die kleine Schar unſerer Genoſſen intenſiv an dem Aufbau der Arbeiterſportbewegung. Dieſe Klippen ſind noch zu überwinden und darum Genoſſen, die ihr noch fernſteht, helft mit! Jeder neuer Arbeiterſportler iſt ein neuer Kämpfer des Proletariats.

Freie Turnerſchaft Lichtenberg-Friedrichsfelde. Die Meldungen der Turner und Turnerinnen zum Hallenſportfeſt ſind beim Tg. Pagwald, Lasdorfer Str. 18, 2 Tr., oder im Lokal von Hugo Wegener, Frankfurter Allee 236, abzugeben. Die Turnwarte werden gebeten, die Meldungen zuſammen einzuziehen und an den obengenannten Tg. weiterzugeben. Mannſchaften ſind namentlich zu melden. Meldeſchluß 10 November.

Aus der Wirtſchaft

Die Arbeitsloſigkeit in Deutſchland und in England

Die Beſſerung der Arbeitsmarktverhältniſſe in Deutſchland kommt in den unten wiedergegebenen Meßziffern des „Reichsarbeitsblatts“ zum Ausdruck. Danach war die Arbeitsloſigkeit in den deutſchen Arbeiterfachverbänden am größten im Monat Februar des laufenden Jahres (4,7 Prozent), am niedrigſten im Monat Auguſt (2,2 Proz.). Ziehen wir zum Vergleich die engliſchen Ziffern heran (veröffentlicht in der „Labour Gazette“), ſo erkennen wir einen weſentlich ſchlechteren Beſchäftigungsgrad. Den niedrigſten Stand des Jahres weiſt der Juni mit 23,1 Proz. auf. Seitdem iſt eine geringe Beſſerung zu verzeichnen. Die folgende Tabelle, die wir dem „Konfektionär“ entnehmen, gibt den Prozentſatz der Arbeitsloſen in den deutſchen und engliſchen Gewerkſchaften für das laufende Jahr wieder, ſoweit bisher die ſtatiſtiſchen Unterlagen vorliegen.

Ende des Monats	Deutſchland	England
Januar	4,5	6,9
Februar	4,7	8,5
März	3,7	10,0
April	3,9	17,6
Mai	3,7	22,2
Juni	3,0	23,1
Juli	2,6	16,7
Auguſt	2,2	16,5

Ein gutes Geſchäft

In einer Zuſchrift an die „Frankf. Ztg.“ wird darüber Klage geführt, daß bei den Ernemann-Werken in Dresden, die ſich vornehmlich mit der Herſtellung von photographiſchen Apparaten befaſſen, ſchon bei der Kapitalserhöhung im Januar 1918 um 0,60 auf 2,10 Millionen Mark, 100 Aktien den Mitgliedern des Vorſtandes, der nur aus der Familie Ernemann beſteht, zu 130 Prozent und bei der Kapitalserhöhung von 1920 (um 1,90 auf 4 Millionen Mark) wieder 220 Aktien zu 140 Prozent den gleichen Perſönlichkeiten überlaſſen worden ſind. In der Generalverſammlung vom 7. Oktober 1921 ſind 1 Million Mark achtfach ſtimmberechtigte Vorzugsaktien den Vorſtands- und Aufſichtsratsmitgliedern überlaſſen worden, wobei ſowohl der Vorſtand als auch der Aufſichtsrat als intereſſierte Stellen mitgeſtimmt haben. Außerdem wurden von den neu beſchloſſenen 6 Millionen Mark Aktien 2 Millionen Mark den im Aufſichtsrat vertretenen Großbanken (Deutſche Bank und Darmſtädter Bank) zu 170 Prozent überlaſſen (heutiger Kurs der Ernemann-Aktien zirka 750 Prozent) mit der Maßgabe, dieſe Aktien im Intereſſe der Geſellſchaft beſtmöglichſt zu verwerten, wobei den beiden Großbanken eine Gewinnbeteiligung von 25 Prozent zugebilligt wurde, die ihnen außerdem noch mit 120 000 Mark von der Geſellſchaft garantiert werden mußte. Auf den Hinweis, daß derartig hohe Zwiſchengewinne auf Koſten der keineswegs auf Roſen gebetteten Ernemann-Aktionäre, die im letzten Jahre 10 Prozent Dividende erhalten haben, in keiner Weiſe gebilligt werden könnten, zumal die beiden Banken an der Neuemiſſion der 4 Millionen Mark Aktien, mit 165 Prozent übernommen und den Aktionären mit 170 Prozent angeboten werden, reichlich verdienen, wurde vom Aufſichtsratsmitglied Keſtner (Darmſtädter Bank) entgegnet, daß dieſe den Banken zufließenden Gewinne ein Aequivalent ſeien für die den Ernemann-Werken im Jahre 1920 eingeräumten Bankkredite.

Man erkennt an dieſem Beiſpiel, wie die Großbanken es verſtehen, Geſchäfte zu machen. Der Klageſteller wird aber ſicherlich gegen die Methode ſolcher Gewinnſchiebungen nichts einzuwenden haben, ſondern er dürfte nur unzufrieden ſein, daß nicht auch die Aktionäre, die nicht „auf Roſen gebettet“ ſind, daran beteiligt werden.

Die amtlichen ruſſiſchen Wechſelkurſe

Das amtliche wirtſchaftliche Organ der Sowjetregierung, die „Ekonomitscheskaja Shism“ veröffentlicht eine Liſte der offiziellen Wechſelkurſe auf Moskau. Die fremden Valuten werden dabei ausſchließlich in „Sowjetrubel“ ausgedrückt; es gelten:

	Rubel		Rubel
Pfund Sterling	231 000	Polniſche Mark	15
U. S. A. Dollar	62 400	Oeſterreichiſche Krone	55
Franzöſiſcher Frank	4 300	Japaniſcher Yen	305 000
Deutſche Mark	600	Indiſche Rupie	15 700
Schweizer Frank	10 700	Chineſiſcher Tael	90 000
Norwegiſche Krone	8 300	Eſthniſcher Rubel	100
Schwediſche Krone	13 500	Lettiſcher Rubel	105
Däniſche Krone	11 000	Goldrubel	100 000
Finniſche Krone	790	1 Solotnik Gold	105 000
Tſchecho-ſlowakiſche Krone	760	1 Solotnik Platin	315 000

Die ruſſiſche Handelswelt, ſo ſchreibt dazu die „D. A. Z.“ hat die Veröffentlichung ſolcher amtlicher feſter „Paritäten“ ſchon ſeit langem gefordert, um gegenüber den fremden Importeuren eine einigermaßen ſtabile Kalkulationsgrundlage zu haben. Die Bewertungsunterſchiede zwiſchen den einzelnen ausländiſchen Währungen beruhen nicht durchweg auf genauer Anpaſſung an die weſtlichen Valutamärkte. Die Sowjetregierung hofft indeſſen nach lebhafterem Einſetzen des Warenaustauſches, daß ſich allmählich ein natürliches Verhältnis im Handelsverkehr von ſelbſt herausbildet.

Die Gründe für die amerikaniſche Wirtſchaftskriſe

In den „Annalen der amerikaniſchen Akademie für politiſche und ſoziale Wiſſenſchaft“ ſchreibt James G. Mac Donald, der Vorſitzende des Exekutivkomitees der Vereinigung für auswärtige Politik, über die Gründe der amerikaniſchen Wirtſchaftskriſe folgendes:

„Unſere geſchäftliche Depreſſion iſt ihrem Urſprung nach europäiſch, nicht amerikaniſch. Bei mehr als zweihundert Millionen menſchlicher Weſen öſtlich des Rheins herrſcht Unterproduktion und Unterverbrauch. Sie können die Gegenſtände des täglichen Bedarfs nicht bezahlen, geſchweige denn Luxusbedürfniſſe. Jetzt, da der künſtliche Stimulus des Krieges aufgehört hat, ſind Ackerbau, Induſtrie und Handel in allen Teilen der Welt aufs ernſteſte in Mitleidenſchaft gezogen und müſſen in dieſem Zuſtand verbleiben, bis einigermaßen normale Bedingungen in Oſteuropa und Rußland wiederhergeſtellt ſind. Für uns waren die Wirkungen der Deflation (Vermehrung des Goldumlaufs) nach dem Kriege ungewöhnlich ernſt wegen der außerordentlichen Zunahme unſeres auswärtigen Handels ſeit 1914. Der Umfang des Rückganges während der letzten zwölf Monate wird grell erleuchtet durch die Zahlen, die jüngſt vom Handelsdepartement veröffentlicht wurden. Während des am 1. Juni zu Ende gegangenen Rechnungsjahres fiel der amerikaniſche Handel mit dem Ausland, Ausfuhr und Einfuhr, verglichen mit dem vorhergehenden Jahr, um mehr als 3 Milliarden Dollars. Im Juni 1921 waren die Aus- und Einfuhrziffern um 643 Millionen Dollars geringer als im Juni 1920. Dies bedeutet, aufs Jahr gerechnet, einen Verluſt von mehr als 7½ Milliarden jährlich. Wenn wir nicht mit aller Energie unſer Ausfuhrgeſchäft Verhältniſſen anpaſſen, die ſo beſcheiden ſind, wie die vor 1914, ſo müſſen wir uns mit der Wiederherſtellung des europäiſchen Markts befaſſen, der, ſoweit es Mittel- und Oſteuropa angeht, hauptſächlich von Deutſchland abhängt.“

Mac Donald ſagt ſchließlich, es liege im Intereſſe der Alliierten, daß die jüngſte Feſtſetzung der deutſchen Verpflichtungen jetzt geprüft werde, damit beſtimmt werden könne, ob dieſe Feſtſetzung die Kräfte der Wiederherſtellung in Europa ſtärkt oder ob ſie geändert werden ſolle.

Die Entwicklung des Pazifismus und der Pazifiſtenkongreß

Von Dr. Helene Stöcker

Man ſollte glauben, nach einem Weltkrieg mit all ſeinen erſchütternden Folgen müßte jedes Volk, beſonders aber ein beſiegtes, das lebhafteſte Intereſſe an einer Wiſſenſchaft und einer Kulturbewegung nehmen, die ſich die Erforſchung aller Möglichkeiten und Methoden zur Ueberwindung ſolcher Schrecken zum Ziel geſetzt haben.

Aber man ſtellt ſich nicht nur nicht vor, „mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird", — nach dem traurig-berühmten Worte Oxenſtjernas — man begreift auch nur ſchwer, mit welch verbrecheriſcher, zum Himmel ſchreiender Genügſamkeit und Geduld, mit welchem Stumpfſinn die Maſſe der Menſchen die größten Verbrechen an ſich geſchehen läßt.

Und wenn man ſich die verhältnismäßig kleine Zahl von Menſchen vergegenwärtigt, die ſich zu einer prinzipiellen Bekämpfung des Menſchenmordens, zu einem entſchloſſenen „Nie wieder Krieg" zuſammengefunden hat, dann iſt es ſchwer, den Glauben an eine ſichtbar fortſchreitende Entwicklung der Menſchheit aufrecht zu erhalten.

So haben denn auch die Verhandlungen des 10. deutſchen Pazifiſten-Kongreſſes in Eſſen und die ihm vorangehende Generalverſammlung der Deutſchen Friedens-Geſellſchaft in Bochum bisher nur in der demokratiſchen Preſſe in Deutſchland eingehendere, und leider zum Teil recht einſeitige Würdigung gefunden. Weiter rechts wie links ſtehende Blätter nahmen von ihnen nur geringe Notiz. Aber dieſer parteiiſche Betrachtung, die — der hiſtoriſchen Entwicklung entſprechend — die deutſche pazifiſtiſche Bewegung in erſter Linie als ein Anhängſel der demokratiſchen Parteien anſieht und darnach wertet, iſt — ſowohl was die Probleme, wie die Art der Mitgliederſchaft betrifft — heute völlig unzureichend und irreführend. Wohl hat der alte Vorkriegs-Pazifismus in ſeiner Mehrzahl aus Mitgliedern und Führern des alten Liberalismus beſtanden. Dies hiſtoriſche Verdienſt des Liberalismus um den wiſſenſchaftlich-organiſatoriſchen Gedanken des Pazifismus iſt unbeſtreitbar. Aber die Elementar-Ereigniſſe von Krieg und Revolution in den beſiegten Ländern haben die Verhältniſſe innerhalb der Bewegung, haben auch die Probleme von Grund aus gewandelt. Die Erfahrung, daß kaum eine Partei in Deutſchland bei Kriegsausbruch dem Geiſt des Militarismus ſiegreich widerſtand, daß kaum eine Partei im Laufe des letzten Jahrzehnts ſich als ganz frei vom Geiſt des Militarismus und der Gewalt erwies, — wobei der Wahrheit und Gerechtigkeit entſprechend freilich nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Unabhängige Sozialdemokratiſche Partei in Deutſchland ſich während des Krieges am meiſten frei von militariſtiſchen Einflüſſen zeigte —, dieſe Tatſachen haben es mit ſich gebracht, daß die tiefer Grabenden und Einſichtsvolleren aller Parteien und Richtungen ſich der Notwendigkeit, neue Wege zur Vermeidung künftiger Maſſenmordkataſtrophen zu finden, bewußt geworden ſind. So ſetzt ſich denn heute eine nicht unbeträchtliche Mehrheit der deutſchen Pazifiſten-Verbände, — vielleicht mit Ausnahme der am weiteſten rechts ſtehenden „Liga für Völkerbund" — aus Perſönlichkeiten zuſammen, die jedenfalls weit links von der deutſch-demokratiſchen oder der ſozialdemokratiſchen Partei ſtehen, — die den ſozialiſtiſchen Parteien radikaler Richtung angehören, oder aber — vielleicht ebenſo häufig — politiſch unorganiſiert den Aufbau der Welt nur von einem neuen Geiſte, einem ethiſchen Willen zur Kultur, hoffen können, wie er in der Mehrzahl der heutigen Parteien, wenn er vorhanden ſein ſollte, jedenfalls nicht zum Ausdruck kommt.

Schon im vorigen Jahre in Braunſchweig hatte der Gegenſatz zwiſchen konſervativeren Führern und einer radikaleren Mitgliedſchaft zu einer Spannung geführt, nach Annahme eines Antrages gegen Wehrpflicht und für Kriegsdienſtverweigerung — angeſichts deſſen nur mit Mühe eine Spaltung der Organiſation vermieden werden konnte. Derſelbe Gegenſatz kam auch in dieſem Jahre, nur noch ſtärker, zum Ausdruck. Der Antrag der Ortsgruppe Berlin, — deren Richtung auf eine immer ſchärfere Abkehr von aller Gewalt drängt — auf prinzipielle **Abſchaffung der Reichswehr** wurde mit mehr als Dreiviertelmajorität, nämlich 134 zu 42 auf der General-Verſammlung der Deutſchen Friedensgeſellſchaft in Bochum angenommen mit der Begründung:

„daß die Reichswehr **überflüſſig und ſchädlich ſei.** Ueberflüſſig, weil wir Kriege weder führen könnten noch wollten und zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Schutzpolizei ausreiche; ſchädlich, weil die Reichswehr der Herd monarchiſtiſcher, reaktionärer Beſtrebungen, die Quelle ſtändiger Gefahr für den Beſtand der Republik, eine dauernde Beunruhigung und Provokation der Arbeiterſchaft und damit die Haupturſache des Bürgerkriegs ſei. Ferner auch, weil ihre Erhaltung dem Volke ungeheure Geldlaſten auferlege, und weil ſie Hunderttauſende junger Deutſcher dem Produktionsprozeß entziehe. Außerdem würde die Abſchaffung der Reichswehr auch auf das Ausland, beſonders auf die mißtrauiſchen Nationen der Entente den vorzüglichſten Eindruck machen, die internationale Lage Deutſchlands erleichtern und die Weltabrüſtung fördern."

Noch kürzlich hat man in Kreiſen der Entente der Meinung Ausdruck gegeben, daß Deutſchland in Wahrheit in kurzer Zeit ſtatt der 100 000 Mann **800 000** Mann aufſtellen könne, und daß daher auch die anderen Länder noch dauernd gewappnet ſein müßten. Daß dieſer für einen prinzipiellen Pazifiſten eigentlich ſelbſtverſtändliche Antrag: die bewaffnete Macht auf die notwendige Schutzpolizei zu begrenzen, irgendwelchen Widerſpruch innerhalb des Pazifismus ergeben könnte, war um ſo weniger zu erwarten, als die Führer der älteren Richtung, Profeſſor Quidde und Helmuth von Gerlach vorher keinerlei Gegenanträge oder Amendements geſtellt hatten, wodurch ihren eventuellen Bedenken hätte Rechnung getragen werden können. Man muß es daher im Intereſſe der Wirkung des Willens zur Entwaffnung in Deutſchland lebhaft bedauern, daß Quidde und Gerlach nach Annahme des Antrages zunächſt ſpontan erklärten, nunmehr nicht mehr in der Lage zu ſein, ihre Aemter weiterzuführen, wodurch wiederum eine organiſatoriſche Spaltung drohte. Das iſt ein Luxus, den ſich der eben erſt langſam aufblühende deutſche Pazifismus — der gewaltigen, kapitalkräftigen Macht der Reaktion gegenüber — nicht, jedenfalls noch nicht leiſten kann. Es iſt in abſehbarer Zeit wohl keine Ausſicht, daß 35 Millionen Mark zur Propaganda des Pazifismus zur Verfügung geſtellt werden, wie ſie z. B. eben zur Stärkung der bayriſchen Reaktion in der Preſſe verwendet worden ſein ſollen.

Profeſſor Quidde und Helmuth von Gerlach nahmen ihre Aemter dann wieder auf unter der Vorausſetzung, daß ſie auch weiter berechtigt ſeien, ihren Standpunkt zu vertreten, daß die Durchführung des Beſchluſſes der Aufhebung der Reichswehr von gewiſſen Vorausſetzungen abhängig ſei, — daß ſie aber im übrigen auf den Boden dieſes Beſchluſſes treten.

Freilich wird es angeſichts der ungeheuren Gegenſätze zwiſchen rechts und links immer ſchwieriger, die auseinanderſtrebenden Teile beiſammen zu halten. Die fortgeſchrittene, alſo keineswegs „deutſchdemokraiſche", Geſinnung der Mehrheit der deutſchen Pazifiſten zeigte ſich auch bei einem anderen Gegenſtand der Tagesordnung: „Wie bekämpft der Pazifismus den Bürgerkrieg und ſeine Urſachen?", worüber an Stelle des erkrankten Referenten Heinrich Ströbel Hans Schwann ſprach. Das Referat gipfelte, wie die „Freiheit" bereits berichtete, in der Forderung an die Reichsregierung, die innerpolitiſchen wirtſchaftlichen Probleme, vor allem auch die Steuerfrage, nach dem oberſten pazifiſtiſchen Grundſatz friedlicher Verſtändigung des Rechtes und der Gerechtigkeit und nicht nach Machtgeboten zu löſen und nichts zu unterlaſſen, um den ſteuerkräftigſten Teil unſeres Volkes in erſter Linie zu belaſten. Geſchehe das nicht, ſo werde die Deutſche Friedensgeſellſchaft dem bürgerlichen Reichskanzler Dr. Wirth beitreten und ſich unzweideutig auf die Seite aller Hand- und Kopfarbeiter ſtellen.

Auch ein Antrag auf Republikaniſierung der Schutzpolizei wurde angenommen, ebenſo einſtimmig ein Antrag auf Beſchleunigung der Strafrechtsreform und Abſchaffung der Todesſtrafe.

Die Erregung der Bochumer Kämpfe und die Unzufriedenheit mit dieſer radikalen Entwicklung ſpiegelte ſich bei der Eröffnung des X. Deutſchen Pazifiſten-Kongreſſes in Eſſen auf ſeiten der Rechten am deutlichſten wieder in der ſcharfen Erklärung, die Dr. Hans Simons als Vertreter der „Liga für Völkerbund" gab: daß die „Liga" den Beſchluß der Deutſchen Friedensgeſellſchaft auf Abſchaffung der Reichswehr aufs entſchiedenſte verurteile und bekämpfe. Wenn indes von dieſem Beſchluß behauptet wurde: „wer dem Staat die unter den heutigen Umſtänden zur Selbſterhaltung nötigen Mittel nehmen wolle, der wolle ihn auch zugleich der Möglichkeit berauben, ſeine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen", ſo liegt darin eine doppelte ungerechtfertigte Unterſtellung, die aufs ſchärfſte zurückgewieſen werden muß. Die Befürworter des Antrages — die überragende Mehrheit der deutſchen Pazifiſten — ſind eben der Meinung, daß unter den jetzigen Umſtänden die Reichswehr die Sicherheit Deutſchlands, die Möglichkeiten ſeiner Selbſterhaltung nicht vermehre. Mit einer ſo ſchiefen, unzutreffenden Unterſtellung, wie mit den hämiſchen und zum Teil den Tatſachen direkt widerſprechenden Bemerkungen, mit denen insbeſondere die Berliner Preſſe die Vorgänge kommentiert hat, wird man einer neu aufkommenden, jüngeren Richtung in einer geiſtigen Bewegung nicht gerecht — einer Richtung, deren elementare Gewalt ſich ſchon dadurch erweiſt, daß ihr weder die Preſſe noch die finanziellen Mittel in dem Maße zur Verfügung ſtehen wie der älteren Richtung — und die ſich trotz deſſen in kürzeſter Friſt die Mehrheit innerhalb des Pazifismus erobert hat.

Uebrigens zeigte ſogleich das erſte Referat auf dem Pazifiſten-Kongreß von Profeſſor Braun-Baſel: „Ueber das Verhältnis des einzelnen zum Staat" — im Sinne der radikalen Richtung, die die Kriegsdienſtverweigerung im weiteſten Sinne mit Hilfe der Arbeiterparteien als Mittel zur Bekämpfung des Krieges vorſchlägt — wiederum die tiefgehende Verſchiedenheit der Weltanſchauung, die die letzte Urſache der verſchiedenen Richtungen iſt. Die Verſchiedenheit der ſozialwirtſchaftlichen wie der philoſophiſch-ethiſchen Auffaſſung iſt es, die ſich hier auswirkt. Es iſt eine bedauerlich gehäſſige, ebenſo unſachliche wie kurzſichtige Kritik, die glaubt, einer unbequemen Richtung dadurch an Wirkung nehmen zu können, daß man ihre Vertreter als einen „ebenſo lauten wie kindiſchen Klüngel" oder ihre Motive als „lächerliche, niemals ſachliche Oppoſitionsmacherei" herabzuwürdigen ſucht. Mit ſolchen Methoden der Verächtlichmachung der Gegner wird man einer geiſtigen Bewegung, die in erſter Linie auf Vornehmheit der Geſinnung und gegenſeitige Achtung gegründet ſein muß, gewiß keinen guten Dienſt leiſten.

Profeſſor Braun-Baſel ſtellt ſich völlig auf den Boden der Auffaſſung der Mehrheit der Deutſchen Friedensgeſellſchaft wie der deutſchen und internationalen Pazifiſtenkongreſſe und kam zu der Formulierung:

„1. Der Staat iſt kein Höchſtwert, ſondern ein Mittel zum Zweck der Kultur und des Geiſtes.

2. Der Staat darf die Vorausſetzung aller Werte, das Leben, niemandem rauben.

3. Der einzige Weg zur Erfüllung dieſer Forderung iſt die unbedingte Verweigerung des Kriegsdienſtes. Eine Verwirklichung iſt nur mit Hilfe der ſozialiſtiſchen Parteien aller Länder möglich."

Der brauſende Beifall, den die Rede, die ſich vor allem auf Fichte ſtützte, fand, dürfte eigentlich genügt haben, um zu zeigen, daß die Mehrheit der pazifiſtiſchen Organiſationen — die man doch unmöglich alle als „nicht ernſt zu nehmende Leute" anſehen kann — ſich in weſentlichen Erkenntniſſen vom alten Vorkriegs-Pazifismus unterſcheidet.

Wer dem Verlauf und Reſultat der letzten pazifiſtiſchen Tagungen nachſinnt, wird ſich ſagen, daß die ungeheure Verſchiedenheit der Einſtellung vor allem darauf beruht, daß es der alten „demokratiſchen" Richtung darauf ankommt, die Schichten rechts von ſich für den Gedanken der Völkerverſtändigung zu gewinnen, während die Linke ſich eine Verwirklichung des Pazifismus nicht ohne die Maſſen der Arbeiterſchaft denken kann. Beides iſt vielleicht notwendig — wenn eine vom Geiſt des Pazifismus durchdrungene Welt entſtehen ſoll.

Denn daß der Sozialismus an ſich noch nicht die völlige Abkehr vom Militarismus bedeutet, wie man vor dem Kriege wohl hat glauben dürfen, hat ja der 4. Auguſt 1914 bewieſen. Und alles, was wir ſeitdem erlebt haben, zeigt uns, daß der Verwirklichung einer Welt ohne Blutvergießen unendlich viel mehr Hemmungen entgegenſtehen, als wir bisher gedacht hatten — und daß es daher wohl notwendig iſt, alle Mittel zu ergreifen, alle Wege zu beſchreiten, die dieſem Ziele näher führen. Dazu gehört nach der Ueberzeugung der radikalen Pazifiſten einmal die überzeugte Mitarbeit aller Kopf- und Handarbeiter, wie die perſönliche Abkehr jedes einzelnen vom Geiſt der blutigen Gewalt. Niemals wird ſich der Soizalismus vollenden, wenn er nicht das Prinzip des Pazifismus reſtlos in ſich aufgenommen hat.

Eine norwegiſche Studienkommiſſion in Deutſchland. In Hamburg iſt eine norwegiſche Kommiſſion zum Studium arbeitsrechtlicher und ſozialpolitiſcher Fragen und Einrichtungen eingetroffen.

Der militäriſche Zuſammenbruch

Ein Kronzeuge gegen Ludendorff

Der öſterreichiſche General Hugo Kerſchnowa hat ſoeben ein Werk vollendet, das den Titel trägt: „Der Zuſammenbruch der öſterreichiſchen Wehrmacht im Herbſt 1918." Das Werk ſtützt ſich auf die Akten der Armeekommandos und anderer amtlicher Quellen und legt dar, wie es zum Zuſammenbruch der öſterreichiſchen Wehrmacht kam. Neben den auseinanderſtrebenden Nationalitäten in Oeſterreich-Ungarn waren es hauptſächlich die ſchlechte Verpflegung, der allgemeine Mangel an dem Notwendigen, was die Armee zu ihrer Verſorgung gebrauchte und die wachſende Ueberlegenheit der Gegner, die zur Niederlage führen mußten. Der General teilt darüber mit:

„Schon Ende September liefen beim Armeeoberkommando Berichte über den materiellen Kräftezuſtand der Armeen ein, die an Deutlichkeit nichts zu wünſchen übrig laſſen. Von der ſechſten Armee wird mitgeteilt: „Der Kräftezuſtand der Truppen iſt entſprechend der Verpflegungsſituation im allgemeinen mittelmäßig, bei einzelnen Truppenkörpern ausgeſprochen ſchwach; bei Regimentern, die längere Zeit nicht an der Front ſtanden, anſcheinend gut. Es iſt eine allgemeine Anſicht der Truppenkommandanten, daß die Kräfte der Truppen wohl für die Abwehr hinreichen, für den Bewegungskrieg jedoch mehrere Wochen, bei manchen Regimentern ſogar monatelange Aufbeſſerungen der Verpflegung notwendig iſt, um die Leute in phyſiſcher Hinſicht in Schwung zu erhalten. **Bei einer Diviſion iſt das Durchſchnittskörpergewicht des Mannes 50 Kilogramm!** . . . Die Wäſche iſt mangelhaft. Das Gros der Mannſchaft beſitzt nur ein Paar Stiefel, viele dieſes in deſolatem Zuſtand.

Bei der Iſonzoarmee ſieht es womöglich noch ſchlimmer aus. **Die Unterernährung iſt ſoweit gediehen, daß die Mannſchaften eine normale, mehrſtündige, militäriſche Schulung körperlich nicht mehr aushalten können.** Dabei wird es von Tag zu Tag ſchlimmer! Die Zuſchübe erfolgen ſo unregelmäßig, daß an eine rationelle Wirtſchaft nicht zu denken iſt. Es iſt ein Leben von der Hand in den Mund. Der Wille, die Strapazen auszuhalten, erlahmt, die Leute deſertieren, **da jeder Deſerteur im Hinterland, ſelbſt wenn er in den Wäldern verſteckt leben muß, ſich beſſer ernähren kann, als der Soldat an der Front."**

Iſt es mit der Verpflegung ſchon ſchlecht beſtellt, ſo ſieht es mit der Bekleidung noch viel ſchlimmer aus — und das angeſichts des drohenden Winters. Der General berichtet darüber:

„Jeder Mann beſitzt durchſchnittlich eine Garnitur Wäſche. **Es kommen aber Fälle vor, wo nicht einmal mehr eine volle Garnitur vorhanden iſt, da Hemd oder Unterhoſe fehlen.** Man muß dieſe Wäſche geſehen haben, um erſt einen Begriff über das Elend zu bekommen. Der eine hat keine Aermel mehr am Hemd, dem andern fehlt der Rückenteil, der dritte beſitzt nur eine halbe Unterhoſe oder Fragmente von Fußfetzen. **Schwerkranke in den Marodenzimmern oder Diviſionsſanitätsanſtalten tragen verwahrloſte, zerriſſene Wäſche, Malariafiebernde müſſen nackt warten, bis ihre Fetzen gewaſchen und getrocknet ſind** . . . Aehnlich iſt es mit der Bekleidung. **Unſere Uniformſtücke ſind derzeit ſchlechter als der letzte, ausgetragene Erſatzreſerviſtenvorrat im Frieden; das ſagt alles.** Bei einem Frontregiment fehlt jedem dritten Mann der Mantel . . . Poſten (Feldwachen) mit Helm, Mantel, ohne Hoſen kommen vor . . .

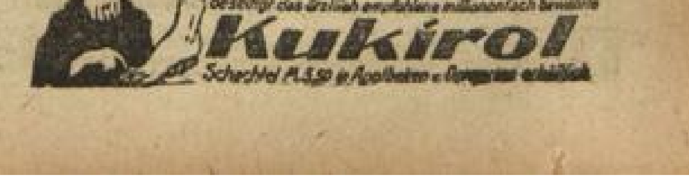
Mit Recht fügte der Generalſtäbler, der den Bericht über das Wäſcheelend ſchrieb, hinzu: „Von ſoldatiſchem Ehrgefühl kann da **nicht mehr geſprochen werden, die einfache Menſchenwürde iſt da verletzt."** Nachträglich möchte man uns aber einreden, daß man mit einer ſolchen Armee noch hätte imſtande ſein können, den Krieg fortzuſetzen. **Wer die Berichte über den wahren Zuſtand der Armee im Herbſt des Jahres 1918 lieſt, wird dieſes ſinnloſe Gerede als das erkennen, was es iſt.** Wohl gab es noch Truppenkörper aller Nationen, die trotz dem Hunger und der Entblößung von dem zum Leben Notwendigen noch immer gewillt waren, ihre ſoldatiſche Aufgabe zu erfüllen, aber dieſer letzte Kampfeswille verſiegte von Woche zu Woche in einem erſchreckenden Maße."

General Kerſchnowa führt dann weiter aus, daß in einem Bericht über die elfte Armee vorgeſchlagen wurde, „jüngere Mitglieder des allerhöchſten Kaiſerhauſes bei Kampftruppen in ſchwierigen Frontabſchnitten" einzuteilen, aber die Habsburger wollten ihr Leben ebenſowenig gefährden, wie dies die hohenzollerniſchen Hinterfrontbäuche getan haben. Auch die Offiziersmeſſen werden bemängelt, denn — und dies gilt gleichermaßen für die Verhältniſſe in der deutſchen Armee — „nichts wirkt ſo aufreizend auf den hungernden Mann, als wenn er ſeinen Vorgeſetzten reich verſehen ſieht". Aber die Herren Offiziere wollten auf ihre Vorrechte, auf ihre Offiziersmeſſen und auf die volle Tafel nicht verzichten, und der Zerſetzungsprozeß ſchritt derart raſch fort, daß ſchon am 9. Oktober das Armeeoberkommando dem Miniſterium des Aeußern mitteilte, daß es ſich an die italieniſche Heeresleitung mit der Bitte um Waffenſtillſtand wenden wolle.

Am 16. Oktober erließ Kaiſer Karl ein Manifeſt, das Oeſterreich in ſelbſtändige Staaten auflöſte, und am 19. Oktober verlangte der ungariſche Abgeordnete Szabo im ungariſchen Abgeordnetenhaus: „Die ungariſchen Soldaten mögen ſofort zur Verteidigung des Vaterlandes nach Hauſe befördert werden." Am 21., 22. und 23. Oktober kam es zu Meutereien ukrainiſcher, polniſcher, italieniſcher und ſlawiſcher Truppenkontingente, am 25. Oktober weigerten ſich zwei Honveddiviſionen (die 27. und 38.) in Tirol, noch länger für Oeſterreich zu kämpfen, und Erzherzog Joſef, der in Tirol war, berichtete, es ſcheine ihm notwendig, ſelbſt wenn deutſche Formationen die Lücke ausfüllten, „ohne Zeitverluſt, ſelbſt unter den härteſten Bedingungen, Waffenſtillſtand oder Frieden abzuſchließen, um auf dieſe Weiſe wenigſtens die Armee vor **ihrem totalen Zuſammenbruch zu ſchützen**".

Die Weigerung der Ungarn und anderen Nationen, noch länger zu kämpfen, wurde immer energiſcher und ſchließlich lief das durch Entbehrung und Mängel vollſtändig demoraliſierte Heer ganz auseinander. Und an dieſem militäriſchen Zuſammenbruch trägt die deutſche Oberſte Heeresleitung, der bekanntlich auch das öſterreichiſch-ungariſche Heer unterſtellt war, ihr gerüttelt Maß an Schuld. Durch keine Lügen kann Ludendorff, können die anderen Heerführer die Tatſache aus der Welt ſchaffen, daß der Krieg durch ihr Verſchulden ſo maßlos in die Länge gezogen wurd, bis der Zuſammenbruch unausbleiblich war.

Die Beſoldung der Beamten. Die in der Preſſe erſchienenen Angaben über die Summe, um die ſich der Etat durch die Beamtenbeſoldungsreform erhöht, ſind weit übertrieben. Die Mehrausgabe wird etwa 7,5 Milliarden jährlich betragen. Die Regierungsvorlage wird in dieſer Woche dem Reichstage zugehen und hoffentlich vom Reichstag in der nächſten Woche erledigt werden.


Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 5.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Gewerkſchaftliches

Lohnforderungen der ſtädtiſchen Arbeiter

Eine überfüllte Funktionärverſammlung des Lohnkartells für die Gemeindebetriebe Berlins im Lehrervereinshaus nahm am 2. November die Aufſtellung der Anträge für den neuen Lohntarif vor. — Polenske legte die von der Tarifkommiſſion vorgeſchlagenen Forderungen dar. In Anbetracht der rieſigen Teuerung, die jetzt ſchon eingetreten iſt, wird die Forderung auf eine einmalige Teuerungszulage von 1000 M. aufrechterhalten, da der neue Tarif erſt am 1. Dezember in Kraft treten kann. — In der Debatte begründeten mehrere Diskuſſionsredner die zahlreichen Anträge und forderten, daß diesmal unbedingt die geforderten Sätze aufrechterhalten werden, denn die Not der Arbeiterſchaft iſt aufs höchſte geſtiegen.

Polenske behandelte die eingelaufenen Anträge, die er der Tarifkommiſſion als Material zu überweiſen empfahl. Für die Angeſtellten treten die Erhöhungen ſinngemäß in Kraft. Einſtimmig wurde beſchloſſen, **ab 1. Dezember eine Erhöhung aller Löhne um 3,50 M. zu fordern,** und den Magiſtrat zu erſuchen, die geforderten **1000 M. bis 10. November** auszuzahlen, andernfalls Arbeitsniederlegung aller ſtädtiſchen Arbeiter erfolgt.

Außerdem wurde folgender Antrag des Geſamtbetriebsrats angenommen: **„Die Gemeindebetriebe feiern den 9. November durch Arbeitsruhe und verzichten auf Bezahlung."**

Die ſtreikenden Gaſtwirtsangeſtellten ſollen mit allen Mitteln unterſtützt werden.

Mitglieder der mittleren Verwaltung des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes

Der geſtrige Beſchluß der Plenarverſammlung der Gewerkſchaftskommiſſion hat es notwendig gemacht, daß die Verwaltung am Donnerstag, abends 7 Uhr, zuſammentritt. Pünktliches und vollzähliges Erſcheinen iſt Bedingung. Die Ortsverwaltung.

Generalverſammlung der Eiſenbahner

Hilfe für die Streikenden im Gaſtwirtsgewerbe

Am 28. Oktober fand in den Sophienſälen die Quartalsgeneralverſammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutſchen Eiſenbahner-Verbandes ſtatt. Der erſte Bevollmächtigte, W. Schulz, gab den Geſchäftsbericht und führte aus, die Ortsverwaltung habe in der erſten Generalverſammlung nach der Wahl eine programmatiſche Erklärung abgegeben. Auf dieſer Grundlage ſei gearbeitet worden und zwar mit beſtem Erfolg. Redner verbreitete ſich des weiteren über die Arbeit in den Sektionen und Branchen, ſowie die Tätigkeit der Funktionäre im Betriebsrat. Wenn auch dieſe Kollegen beſtrebt ſind, das Beſte für die Organiſation zu wollen, ſo müſſen ſie ſich jedoch durchweg **mehr ſchulen,** um den juriſtiſchen Spitzfindigkeiten der Vertreter der Eiſenbahn-Direktion gegenüber gewappnet zu ſein. Ferner beleuchtete er die Situation in der jetzigen Lohnbewegung und erſuchte die Kollegen nicht zu ruhen in der Agitation, bis der letzte Mann im Deutſchen Eiſenbahner-Verband organiſiert ſei.

Der zweite Bevollmächtigte, Hermann Schultz, ergänzte den Bericht durch einige Ausführungen über die allgemeine politiſche Lage. Kollege W. Schulz entgegnet in ſeinem Schlußwort den Einwänden mehrerer Diskuſſionsredner, erklärt, allen Anregungen nachzukommen und fordert die Kollegen auf, **feſter denn je zuſammenzuſtehen.** Ein Dringlichkeitsantrag, **den ſtreikenden Gaſtwirtsgehilfen 17 000 M. zu überweiſen, wurde angenommen.** Zur Deckung der Summe ſollen Sammelliſten aufgelegt werden. Ein weiterer Antrag, den Hungernden in Rußland 5000 M. zu überweiſen, führte zu einem Radau, der die Schließung der Verſammlung notwendig machte.

Kapitalsknechte

Ein Büttel der Knorr-Bremſe A.-G.

Wir beleuchteten erſt ganz kürzlich die eigenartigen Methoden des Perſonalbureaus in der Knorr-Bremſe A.-G., dem der Perſonalchef, der Ex-Stadtrat Caſſebaum, vorſteht. Wir ſehen uns heute wieder gezwungen, das Treiben dieſes famoſen Herrn einer näheren Beleuchtung zu unterziehen.

Der ſchon oft genannte Caſſebaum gibt ſich augenblicklich dazu her, Angeſtellte, die ihr Recht vor dem Schlichtungsausſchuß oder Gewerbegericht zu finden ſuchen, eine Minute vor Ablauf des Kündigungstermins perſönlich den ſogenannten blauen Brief in die Hand zu drücken. — Dieſer Herr iſt einfach **nicht fähig, einen ſolchen verantwortungsvollen Poſten auszufüllen.** Anſtatt die Arbeitsluſt der Angeſtellten zu ſteigern, erreicht Herr Caſſebaum mit ſeinen blöden Schikanen das gerade Gegenteil. Leider muß hierbei auch geſagt werden, daß ſich immer wieder ſo erbärmliche Subjekte finden, die durch Anſchwärzen der Kollegenſchaft ſich bei der Direktion einen guten Poſten oder ſonſt einen Vorteil ſichern wollen. Wir warnen die Direktion, die Geduld der Angeſtelltenſchaft nicht auf die Spitze zu treiben! Vielleicht ſind beim Verband V. R. J. für Leute vom Schlage eines Herrn C. noch einige Poſten frei. In einem Betrieb wie die Knorr-Bremſe ſind ſolche Herren jedenfalls unmöglich und ſollten ſchleunigſt in der Verſenkung verſchwinden.

Weihnachtsunterſtützung

Der Zentralverband der Angeſtellten teilt mit.

Wie im Vorjahre ruft die Ortsverwaltung die Verbandsmitgliedſchaft auf, auch in dieſem Jahre in eine Weihnachtsſammlung zur Unterſtützung der Kinder der Arbeitsloſen einzutreten. Die Sammelliſten ſind den Funktionären bereits zugegangen. Es wird erwartet, daß alle Mitglieder, die in Arbeit ſtehen, ſich nach beſtem Können an der Sammlung beteiligen und dafür ſorgen, daß die gezeichneten Beträge bis ſpäteſtens am 10. Dezember im Verbandsbureau abgerechnet ſind.

Für Poſtüberweiſungen wird gebeten, das Poſtſcheckkonto 55823 Max Wezland, Kaſſierer, zu benutzen und als Stichwort „Weihnachtsfonds" anzugeben. Zeichnet auf die Liſten zur Weihnachtsſpende für die Kinder der Erwerbsloſen!

Lohnbewegung des Konditoreiperſonals. In einer Verſammlung des Konditoreiperſonals am Dienstag wurde über den Stand der Lohnbewegung Bericht gegeben. In neuerlichen Verhandlungen haben ſich die Arbeitgeber prinzipiell mit einem Tarifabſchluß einverſtanden erklärt. Ueber das Reſultat der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausſchuß am 3. d. M. wird eine Verſammlung des Konditoreiperſonals am 10. 11. endgültig Beſchluß faſſen.

Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer. Verbandsvorſtand und Beirat nahmen in gemeinſamer Sitzung zur Finanzlage des Verbandes Stellung. Die vielen und ſchweren Kämpfe der letzten drei Monate, welche die Organiſation veranlaßten, Millionen an Unterſtützungen auszugeben, machten es notwendig, den Mitgliedern eine Vorlage auf Beitragserhöhung zur Annahme zu empfehlen, die eine Staffelung der Beiträge von 2,50 M. bis 8 M. in 10 verſchiedenen Klaſſen vorſieht. Mit der Beitragserhöhung iſt eine weſentliche Erhöhung der Unterſtützungsſätze für Streiks und bei Erwerbsloſigkeit vorgeſehen. Die Annahme oder Ablehnung der Vorlage wird durch Urabſtimmung in den Verſammlungen im Reich entſchieden werden. Die Konferenz nahm fernerhin zu dem in der Duisburger Schwereiſeninduſtrie auszutragenden Kampfe Stellung. Durch die Arbeitseinſtellung von 800 Maſchiniſten und Heizern ſind mehrere großen Werke ſtillgelegt. Der Kampf dürfte in den nächſten Tagen auf andere Werke übergreifen, wenn nicht in letzter Stunde die Unternehmer ihre bisherige Haltung einer Reviſion unterziehen. Die Konferenz nahm die nachſtehende Entſchließung einſtimmig an:

Der am 27. Oktober in Berlin verſammelte Verbandsvorſtand und Beirat des Zentralverbandes der Maſchiniſten und Heizer ſowie Berufsgenoſſen nimmt Kenntnis von dem auszutragenden heißen Kampfe unſerer Berufskollegen der Schwereiſeninduſtrie in Duisburg. Unſere kämpfenden Kollegen vertreten im Rahmen des geltenden Gewerkſchaftsrechtes die Forderung auf Anerkennung des tariflichen Mitbeſtimmungsrechtes und Anerkennung ihrer Organiſation als Vertragskontrahent, um dadurch die berechtigte Vertretung wirtſchaftlicher und beruflicher Intereſſen unſerer Kollegen ſicherzuſtellen. Verbandsvorſtand und Beirat erklären im Namen der Geſamtorganiſation den kämpfenden Berufskollegen ihre volle Sympathie und Solidarität und bekunden, dieſen Kampf mit allen Mitteln und allen Kräften des Geſamtverbandes nach allen Seiten und gegen jeden Gegner nachdrücklichſt zu unterſtützen. Die Verbandsinſtanzen appellieren an die Kämpfer in der Schwereiſeninduſtrie, auszuhalten und den Kampf mit den ſchärfſten Mitteln bis zur Erringung des endgültigen Sieges zu ſteigern.

Angeſtellte der Feinmechanik und Optik! Am Freitag, den 4. November, abends 7.30 Uhr, findet im Schultheiß-Ausſchank (Parterre-Saal), Berlin SO, Neue Jakobſtr. 24-25, eine öffentliche Verſammlung ſämtlicher Angeſtellten der obigen Induſtrien ſtatt. Tagesordnung: „Bericht über die Schlichtungsverhandlungen". AfA-Bund.

Achtung, Buchdrucker! Die in den Hausdruckereien der Metallinduſtrie beſchäftigten Kollegen ſind in den Streik eingetreten zwecks Erringung tariflicher Arbeitslöhne. Die Entlohnung iſt zur Zeit bis 100 Mark unter dem Tariflohn! Es iſt darauf zu achten, daß die aus genannten Betrieben herrührenden Arbeiten unter allen Umſtänden zurückgewieſen werden. Es handelt ſich um die Ein- und Durchführung der von allen Berliner Druckereien anerkannten und gezahlten Tariflöhne. Dieſe Buchdruckereien haben ſelbſt ein großes Intereſſe daran, die Schmutzkonkurrenz nicht aufkommen zu laſſen. Die Berliner Buchdruckfirmen dürfen nicht dulden, daß ſie als Nothilfe gebraucht werden; ſind ſie gehalten, die tariflichen Löhne zu zahlen, dann kann man dies auch von den gut fundierten Hausdruckereien der Berliner Metallinduſtrie erſt recht verlangen. Kollegen, übt Solidarität!

Die Streikleitung.

Parteiveranſtaltungen

Sport-Klub „Fraternitas". Sonntag, den 6. November, nachm. 3 Uhr pünktl., Sitzung im Klubheim. Der Vorſtand.

Diſtrikt [illegible]. Die noch ausſtehenden Wahlkampf-Sammelliſten ſind ſpäteſtens bis Sonntag, den 6. November, beim Genoſſen Köppen, Bismarckſtr. 11, abzugeben.

Freitag, 4. November

5. Verwaltungsbezirk. 15., 16., 17. Diſtrikt. Männerchor U. S. P. Abends 8 Uhr Uebungsſtunde bei Greiſe, Schreinerſtr. 18. Sangesfreudige Genoſſen willkommen.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Abends 7 Uhr Diſtrikts-Funktionärkonferenz in Steglitz, Gemeindeſchule 1, Ringſtr. 55, Klaſſenzimmer 16. Vortrag: U. S. P. und Regierungsbildung.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Adlershof. Abends 8 Uhr Funktionärſitzung bei Händel, [illegible], Ecke Auguſte-Viktoria-Straße. Alle Mitglieder der Landagitationskommiſſion und der Frauen- und Kinderſchutzkommiſſion haben zu erſcheinen. Die Geſchäftsleitung 1 Stunde früher.

19. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr bei Baier, Pankow, Mühlenſtraße 12, Sitzung der Diſtriktsleitung.

1. Diſtrikt (Berlin-Mitte). Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei Braun, Stallſchreiberſtr. 47.

8. Diſtrikt (Wedding), 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Bezirksführerkonferenz bei Kraft, Utrechter Str. 21.

10. Diſtrikt 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Friſch, Drontheimer Str. 4.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7 Uhr Sitzung des Bildungsausſchuſſes aller 4 Orte im Rathaus, Mariendorf, Zimmer 26. Alle überſchüſſigen Eintrittskarten zur Revolutionsfeier ſind mitzubringen. Pünktliches Erſcheinen unbedingt notwendig.

13. Diſtrikt, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei [illegible], Stolpiſche Str. 36.

Diſtrikt Spandau. Abends 8 Uhr beginnen die Vortragskurſe mit dem Vortrage des Bibliothekars Dr. Müller über Goethes Fauſt 1. Teil, im Zeichenſaal der Knabenmittelſchule, [illegible].

Kommunale Kommiſſion. Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung der Obleute der kommunalen Kommiſſionen Groß-Berlins im Sitzungszimmer, Breite Str. 24 (Marſtall).

Sonnabend, 5. November

19. Verwaltungsbezirk, Abteilung Pankow. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Haſchke, Floraſtraße. Jede Gruppe muß unbedingt vertreten ſein.

19. Verwaltungsbezirk (Pankow). Abends 6½ Uhr Sitzung des Bezirksvorſtandes in Pankow, Rathaus, Zimmer 17.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel). Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz im Zeichenſaal der 1. Gemeindeſchule, Reinickendorf-Oſt, [illegible] Straße, am Rathaus. — Die Abteilungsleiter laden frühzeitig zu dem am Dienstag, den 8. November ſtattfindenden Zahlabend ein.

6. Diſtrikt. Abends ½8 Uhr Diſtriktskonferenz bei Alfred Krüger, [illegible]ſtraße 10.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Lichtenberg-Stadt, 5. Viertel. Abends 7 Uhr Funktionärſitzung bei Köhn, Wagner-, Ecke Hubertusſtraße.

Vereinskalender

Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin. Die Zentralvorſtandsſitzung fällt dieſe Woche aus. Sonnabend, ½8 Uhr, Zuſammenkunft aller gewerkſchaftlich organiſierten Jugendgenoſſinnen und Genoſſen.

Donnerstag, 3. November

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6½ Uhr Generalverſammlung bei [illegible] (Feſtſäle), Weberſtr. 17. Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte legitimiert.

Deutſcher Werkmeiſter-Verband, Fachgruppe 25, Wagen- und Karoſſeriebau. Abends 7 Uhr Verſammlung, Schultheiß, Neue Jakobſtraße 24-25.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Luxuspapierbranche. Abends 6 Uhr im Gewerkſchaftshaus, Saal 10, Verſammlung aller Koloriſtinnen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Abends 6 Uhr Obleutekonferenz Branche 13 (Preuß. Verwaltungsarbeiter), Boeckers Feſtſäle, Weberſtr. 17.

Verband Volksgeſundheit. Abends 7½ Uhr in der Oberrealſchule, Niederwallſtraße 12, Vortrag des Genoſſen M. Frenzel über: „Proletariſche Kultur".

Kriegsbeſchädigten- und Hinterbliebenenfürſorge. Parteigenoſſen, welche Angeſtellte der Hauptfürſorgeſtelle wie der Bezirksſtellen 1 bis 6 ſind, treffen ſich um 7 Uhr bei Schweikardt, Alte Jakobſtr. 23-24 (auch Stadträte und Stadtverordnete). Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Freitag, 4. November

Deutſcher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 2, Branche der Geſchäftskutſcher, Lagerarbeiter uſw. Abends 7 Uhr im Saal 1 des Gewerkſchaftshauſes, Engelufer 24-25, Gruppe Rohprodukten, allgemeine Verſammlung. Tagesordnung: 1. Kündigen wir die beſtehenden Lohnſätze? 2. Diskuſſion und Beſchlußfaſſung. — **Sektion 1, Branche Reichsbetriebe, Verwaltungsbehörden und Reichsorganiſationen.** Abends ½7 Uhr findet im Saal 4 des Gewerkſchaftshauſes (großer Saal) eine Vollverſammlung ſämtlicher drei Branchen ſtatt. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Verhandlungen zwecks Neugeſtaltung der Lohn- und Gehaltsſätze in den Reichs- und Staatsbetrieben. Ref.: Reichsſektionsleiter H. [illegible].

Deutſcher Werkmeiſter-Verband, Bez. 13, Fachgruppe „Papier". Nachm. 5 Uhr Vereinsverſammlung im Schultheiß, Neue Jakobſtr. 24-25.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Nachm. 5 Uhr in Graumanns Feſtſälen, Naunynſtr. 27, **Branchenverſammlung** aller in Briefumſchlag- und Papierausſtattungsbetrieben Beſchäftigten. Tagesordnung: Bericht von der letzten Lohnverhandlung in Weimar.

Volksfürſorge. Abends 7 Uhr allgemeine Funktionärverſammlung im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 25, Saal 1. Tagesordnung: 1. Die Änderung in unſerem Inkaſſoweſen (Ref. Müller); 2. Die Großlebensverſicherung (Ref. Hirſch); 3. Die neue Werbeaktion (Ref. Bläſing, Lohmeyer).

Freie Arbeiter-Samariter-Kol. Neukölln. Sämtliche Mitglieder müſſen zum Lehrabend zwecks Dienſt am 9. November anweſend ſein. Außerdem findet ein Vortrag über: „Das Auge" mit praktiſcher Vorführung ſtatt. Gäſte können an dieſem Vortrag teilnehmen.

Geſchäftliches

Sind die Vorurteile gegen Margarine berechtigt? Das vor dem Kriege vielfach beſtehende Vorurteil gegen Margarine iſt heute glücklicherweiſe kaum noch anzutreffen. Die Margarine iſt ein vollwertiger und unbedingt einwandfreier, wohlſchmeckender und bekömmlicher Erſatz für Naturbutter, und das zu einem Preis, der weſentlich niedriger iſt, als der für Molkereibutter. Vorzugsweiſe die Fabrikate der Firma Bergiſch-Märkiſche Margarine-Werke [illegible] in Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf (eine der bedeutendſten und älteſten der Branche) bieten dem Publikum jede Gewähr für eine tadelloſe Beſchaffenheit der Ware. Beſonders ſei auf die Spezialmarke „Cobu", eine garantiert reine Cocos-Pflanzenbutter, aufmerkſam gemacht, die in Deutſchland dank der wirklich vorzüglichen Qualität überall bekannt und beliebt geworden iſt. „Cobu" eignet ſich nicht nur zum Backen und Braten, ſondern auch zum Brotaufſtrich.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: B. Rubner, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Charlottenburg. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Billige Preise für vornehme **Winterkleidung**

Größte Auswahl Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus haltbaren Stoffen, in braun, grau oder oliv **285⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stahlgrauen und braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten . . . . M. 600 **550⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell und dunkelgemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen . . . . M. 800 **700⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen . . . . M. 1200, 1000 **900⁰⁰**

Winter-Paletots aus vorzüglichen Marengo- und schwarzen Stoffen . . M. 1000, 900, 800, 700 **600⁰⁰**

Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform . . . . M. 400, 350, 300, 250 **175⁰⁰**

Knaben- und Jünglings-Ulster in allen Fassons . . . . zu mäßigen Preisen

Uebergangs-Ulster Schlüpfer u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 **475⁰⁰**

Uebergangs-Paletots a. marengo Cheviot, in guten Qualitäten . . . . M. 800, 700 **575⁰⁰**

Gummimäntel für Damen und Herren hochgeschlossen und mit Fasson in guten Qualitäten . . . . M. 650, 375 **290⁰⁰**

Gummimäntel in Double u. Covertcoat in hervorragenden Qualitäten . . . . M. 750, 650 **550⁰⁰**

Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . . . . M. 450, 350 **275⁰⁰**

Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. wetterfestem Strichloden . . . . M. 250, 225 **190⁰⁰**

Geh- und Sportpelze

Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen grün gestreiften u. [illegible] Stoffen hergestellt . . . . . . M. 600, 500 **450⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus vorzüglich Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift kariert und einfarbig, auch Homespun . . M. [illegible]00, 750 **690⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammgarn und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . . M. 1200, 1000 **900⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshosen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben **500⁰⁰**

Sport-Anzüge aus Homespun, Manchester und gemustert Cheviot M 860, 750 **600⁰⁰**

Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit M. **55⁰⁰**

Schulanzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 200, 190, 120, 88 **70⁰⁰**

Modernste Massanfertigung – Verwendung bester Stoffe und Zutaten – Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30